Montag, 23. 9.

Ford und Kissinger warnen Oelstaaten

[Der] amerikanische Präsident Gerald Ford und sein Aussenmi[nister] Henry Kissinger warnten die ölexportierenden Länder vor [weiteren] Preiserhöhungen und forderten im Gegenteil eine mas[sive P]reisreduktion. Diese Appelle der amerikanischen Regierung [werden] als deutliche Warnung vor allem an die arabischen Länder [gewerte]t, dass eine weitere Erpressung mit dem Erdöl massive [Massnah]men von seiten der USA und ihrer Verbündeten zur Folge [haben] werde. Kissinger brachte seine Warnung in einer vielbe[achtete]n Rede vor den soeben eröffneten UN-Vollversammlung [in New] York vor.

[Der] amerikanische Aussenmi[nister] gab vor der erwartungs[vollen] UN-Vollversammlung [einen] Ueberblick der gegenwär[tigen S]ituation auf der Welt in [politisch]er und wirtschaftlicher [Hinsich]t. In ersten Kommenta[ren wur]de festgehalten, dass er [trotz] der massiven Drohung an [die Oels]taaten keine neuen Ideen [oder V]orschläge zu einem der [aktuelle]n Probleme vorgebracht

namentlich der Araber, die Waffe „Lebensmittel und Hunger" einzusetzen. Zur Ueberraschung der Araber tat Kissinger dies *nicht* und unterstrich im Gegenteil den unversöhnlichen Standpunkt seiner Regierung. Zur gleichen Zeit beharrte US-Präsident Ford an einem inneramerikanischen Kongress in Detroit auf seiner Haltung und warnte die Oelländer ausdrücklich vor den verheerenden Folgen ihrer Preispolitik auf die Wirtschaft in der gesamten Welt. Ford erklärte, dass die Oelstaaten die Folgen einer durch die ausgelöste Wirtschaftskrise selbst am deutlichsten zu spüren bekämen, da sie dann von ihren lebensnotwendigen Lebensmittelimporten abgeschnitten werden könnten.

WERDEN FRIEDENSBEMUEHUNGEN FORTSETZEN

[Kissin]ger überbrachte der Ver[sammlu]ng die ausdrückliche Zu[sicherun]g seines Präsidenten[, d]ass seine Regierung ihre [Friedens]bemühungen im Nahen [Osten f]ortsetzen werde. Kissin[ger rief] die *Regierung in aller* [Welt au]f, sich ihrerseits um ei[nen Fr]ieden in dieser Gegend [zu bem]ühen. Er betonte aller[dings, d]ass es noch einen lan[gen un]d anstrengenden Weg bis [zu eine]n dauerhaften Frieden zu[rückzul]egen gebe. Nachdem er [nochma]ls die Positionen Israels [und der] Araber erläutert hatte, [zeigte] sich Kissinger überzeugt, [dass] nur mit einem mühsa[men vor]gehen Schritt für Schritt [erreicht] werde, eine *friedliche* [Lösung] des Nahostkonfliktes zu [finde]n.

AUF ZYPERN VERMITTELN BEREIT

[Kissi]nger rief alle Nationen [und Re]gierungen auf, Geduld [und Ta]tkraft zu zeigen, um das Ziel eines Weltfriedens [zu errei]chen. Er erklärte die Be[reitsch]aft seiner Regierung, [im Zypern-K]onflikt vermittelnd [einzugreife]n, sofern das von Gri[echenlan]d und der Türkei ge[wünscht] werde.

[WARNUNG AN] OELLAENDER WIEDERHOLT

[Im V]orfeld der Versammlung [war vo]n arabischer Seite, der [Wunsch] geäussert worden, Kis[singer m]öge in seiner Ansprache [die Dro]hungen seines Präsiden[ten] zurücknehmen, wonach [die USA] gewillt seien, gegen die „Oel" der Oelstaaten und

FRANKREICH ZEIGT SICH ETWAS ISRAELFREUNDLICHER.

Der französische Aussenminister *Sauvagnargues* erklärte in seiner Rede, dass ein Land sich nach wie vor für die Erfüllung der UN-Resolutionen 242 und 338 einsetzen werde. Sauvagnargues betonte in diesem Zusammenhang allerdings nicht nur die Aufforderung an Israel, sich aus allen von ihm besetzten Gebieten zurückzuziehen, sondern ausdrücklich auch das Recht aller Nationen im Nahen Osten auf sichere Grenzen und auf Frieden. Frankreich anerkenne die legitimen Rechte sowohl der Palästinenser als auch Israels, wobei Sauvagnargues besonders betonte, dass es nicht angehe, diejenigen Israels zu vergessen.

[UMFA]NGREICHE [T]RAKTANDENLISTE

Die *UN-Vollversammung* wird sich insgesamt mit 110 Tagesordnungsanträgen zu befassen haben, zu denen sich 120 Redner eingetragen haben. Daneben wird es noch zu zahlreichen Gesprächen hinter den Kulissen und auch zu offiziellen Treffen am Rande der Sitzungen kommen. Im Mittelpunkt dieser umfangreichen diplomatischen Tätigkeit stehen die vorgesehenen Treffen zwischen den Aussenministern der USA und der Sowjetunion, Kissinger und Gromyko. Der amerikanische Aussenminister hat seinerseits zudem bereits Gespräche mit seinen Amtskollegen *aus* Griechenland und der Türkei über die Zukunft Zyperns und mit denjenigen der arabischen Staaten und Aussenminister Allon über den Nahostkonflikt angekündigt.

[Na]ch langem schweren Leiden verschied unser geliebter

JOSEF KASCHMANN ז"ל

Beerdigung finet heute, Dienstag, den 24. Sept. 1974, ח' תשרי ... um 3.15 Uhr nachmittags, von der städti[schen] Beerdigungshalle, Tel Aviv, Daphnastrasse 5, auf dem Friedhof in KIRIAT SCHAUL statt. [Aut]obus steht zur Verfügung.

Die trauernde Familie:
BERTA KASCHMANN
NURIT und ARIEH KORETZ, geb. Kaschmann
JOEL u. DALIA KASCHMANN
MAX KASCHMANN u. Familie
und die übrige Familie

Tief betrübt geben wir hiermit die Nachricht vom [Abl]eben unserer geliebten Mutter, Grossmutter und Urgrossmutter

AMALIE WOLF ז"ל

geb. KOHN

[im] 93. Lebensjahre bekannt.

Die Beerdigung findet **morgen, Mittwoch, den 25.9.74,** ... um *9.15* Uhr früh von der städtischen [Beer]digungshalle, Tel Aviv, Daphnastr. 5, aus, auf dem [Fried]hof in KIRIAT SCHAUL statt.

Die trauernden *Hinterbliebenen:*
Kinder:
Dr. Salomon und Sara Wolf, Tel Aviv
Dr. Miana Klug-Pelai und Josef Pelai, Jerusalem
Dr. Edmond und Bessi Wolf, London
Enkelkinder:
Dr. Chava Lipschitz, geb. Wolf
und Dr. Assa Lipschitz, Jerusalem
Martin und Allison Wolf, London
Daniel Wolf, London
Urenkel:
Ron, Dana u. Orna Lipschitz, Jerusalem

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DIENSTAG, 24. SEPTEMBER 1974 • PREIS: IL 1,— יום שלישי, ח' תשרי תשל"ה ★ המחיר: ל"י

Aussenminister Allon vor seiner Abreise nach New York:

INNERARABISCHE KLUFT HILFT ISRAEL

Israel wird einen schweren Stand in der UN-Vollversammlung haben, profitiert aber anderseits von der inner-arabischen Kluft. So umriss *Vizeministerpräsident* und *Aussenminister Allon* die politische Situation vor Beginn der Palästinadebatte der Vereinten Nationen. Allon erwartet eine harte und schwierige UN-Debatte und befürchtet vor allem eine Verschlechterung der politischen Atmosphäre durch extrem anti-israelische Reden in New York. Ein Rückzug Jordaniens von den Genfer Verhandlungen würde von Israel zwar bedauert, brächte der Regierung aber Vorteile in ihrer politischen Strategie gegenüber den übrigen arabischen Staaten.

Jerusalem (HM) — Obwohl Aussenminister Allon am Flughafen vor seiner Abreise nach New York gestern erklärte, Israel würde ein Ausscheiden Jordaniens von der Genfer Konferenz bedauern, kommt die am letzten Samstag eingetretene Verkrampfung der Beziehungen Jordaniens zu Aegypten und Syrien der israelischen diplomatischen Strategie nicht ungelegen.

Durch die Suspendierung der jordanischen Teilnahme an den Vorgesprächen zur zweiten Genfer Konferenz bis zum Entscheid der für Ende Oktober anberaumten arabischen Gipfelkonferenz in Rabat — über die umstrittene Frage der Palästinenser-Vertretung — übt Jordanien de facto *Druck gegen die Tendenz* aus, die PLO auf dem kommenden Gipfel von Rabat als exklusive Palästinenser-Vertretung anzuerkennen. Israels und Jordaniens Interessen laufen auf dieser Ebene parallel.

Jordanien hofft, dass Saudiarabien, mit seinem bedeutenden wirtschaftlichen und daher auch politischen Gewicht, auf dem Gipfel eine Kompromissformel herbeiführen wird, die die PLO-Vertretung einem formell jordanischen Rahmen unterordnet. Nach einer solchen Initiative Feisals würde auch Sadat wahrscheinlich Hussein gegenüber eine rücksichtsvollere Haltung einnehmen.

In einem zum Teil zur Veröffentlichung freigegebenen Hintergrundgespräch mit Aussenminister Allon, wenige Stunden vor seiner Abreise in Jerusalem stattgefunden und dem auch unser HM-Korrespondent beiwohnte, sagte der Aussenminister, eine der Lehren, die aus den letzten Entwicklungen gezogen werden könne, sei die andauernde Uneinigkeit im arabischen Lager. Jordanien habe allen Grund, empört zu sein über das, was in Kairo am 21. September beschlossen wurde. Jordanien sei eines der drei Konfrontationsländer, die mit Israel wiederholt Krieg führten und — im Gegensatz zur PLO — auch an der Genfer Konferenz voriges Jahr teilnahm. Am 18. Juli habe Sadat auf einer Gipfeltagung mit König Hussein, Jordanien als Vertreter der dort sowie im Westufergebiet lebenden Palästinenser anerkannt, wenn auch später Aussenminister Fahmi das Vertretungsrecht des Königs der *im Westufer sesshaften* Palästinenser lediglich als Treuhandschaft auslegte.

Jordanien schlug daher die von Syrien angeregte Einladung zur Teilnahme an der vorige Woche in Kairo, unter Mitwirkung der PLO, stattgefundenen *Tagung aus, sodass sich das Vie*rertreffen zum Dreiertreffen verringerte. König Hussein deutet den Beschluss von Kairo als Aberkennung seines legitimen Anrechts auf das Westufergebiet. Hussein will nun durch seine Weigerung, vorläufig mitzuspielen, Aegypten, Syrien und Saudiarabien unter Druck nehmen und sie zu einer Revision des Kairoer Beschlusses auf dem bevorstehenden Rabater-Gipfel veranlassen.

Der Schachzug des Königs hat jedoch auch den Zweck, andererseits Israel und mit ihm die USA anzuspornen, sich einem Truppenentflechtungsabkommen zwischen Amman und Jerusalem nicht zu widersetzen. Jordanien will damit signalisieren, dass so ein Abkommen aus israelischer *Sicht „das geringere Uebel"* wäre. Der allfällige Absprung Jordaniens von der Teilnahme an der Genfer Konferenz könnte, nach Meinung von Aussenminister Allon, gewisse isolationistische Strömungen in Amman bestärken, die dazu neigen, das Westufergebiet als lästige Quelle andauernder politischer Gärungen überhaupt fallen zu lassen.

Was Allon nicht ausdrücklich sagte, war, dass die gegenwärti*ge Entwicklung — sofern es* nicht zu einer Beilegung der inter-arabischen Kluft kommen *sollte* — zur Folge haben wird, dass die umstrittene Frage, mit wem Israel zuerst verhandeln soll — ob mit Aegypten oder Jordanien, oder mit beiden gleichzeitig — von sich aus eine automatische Lösung finden würde. Da sich Israel nämlich unter keinen Umständen mit der PLO an den Verhandlungstisch zu setzen bereit ist, käme also nur Aegypten *als erster aktueller Verhand*lungspartner in Betracht. Mit Rücksicht auf die innerpolitische Konstellation in Israel würde dies der Rabin-Regierung nur recht sein.

SCHWERER STAND ISRAELS IN DER UN

Aussenminister Allon ist sich des schweren Standes Israels auf der UN-Vollversammlung völlig bewusst und bezweifelt nicht, dass die Förderer einer Anerkennung der PLO als Vertreter der Palästinenser, mit offiziellem Beobachterstatus, im Verlaufe der bevorstehenden Palästina-Debatte eine überwältigende Mehrheit erzielen werden. Bestenfalls ist auf Initiative der USA und einiger westeuropäischer Länder mit einer Vertagung der Abstim*mung* über *einen* solchen Resolutionsantrag um mehrere Wochen, eventuell bis nach dem Rabater Gipfel, zu rechnen. Dabei untersteht es auch keinem Zweifel, dass die arabische Initiative die Atmosphäre der Suche nach einer politischen Lösung vergiftet und der Sache des *Nahostfriedens einen schlechten* Dienst erweist.

Man sollte jedoch die Dinge in richtiger Proportion sehen, glaubt Aussenminister Allon und nicht vergessen, dass Israel bereits seit fünf Jahren wiederholt höchst virulente anti-israelische Beschlüsse der Vollversammlung und verschiedener UN-Gremien über sich ergehen lassen musste.

* * *

Auf dem Ben Gurion-Flughafen in Lod erklärte Aussenminister Allon ergänzend, falls die UN-Vollversammlung die PLO als einzigen Repräsentanten der Palästinenser und als offiziellen Beobachter anerkennen würde, käme dies einer Adoption der *PLO-Philosophie durch die Ver*sammlung gleich. Die PLO spricht nach wie vor Israel das Existenzrecht als unabhängiger jüdischer Staat ab.

Eine extreme UN-Resolution zu Gunsten der PLO beeinträchtigt laut Allon die Friedensaussichten im Nahen Osten schwer. Dies, weil die offizielle PLO-Politik gegen eine politische und nur für eine militärische Lösung des Konfliktes eintritt. Allon der *eine harte und schwierige* UN-Debatte erwartet, betonte abschliessend nochmals, dass die zu befürchtenden extremen anti-israelischen Reden auf der UN-Vollversammlung die Atmosphäre entscheidend vergiften könnten. Dies zu einem Zeitpunkt, da verschiedene Seiten möglicherweise entscheidende Friedensanstrengungen unternehmen.

ARAFAT TRIFFT AEGYPTISCHEN KRIEGSMINISTER

Palästinenserführer Yassir Arafat traf in Damaskus mit dem ägyptischen Kriegsminister Ahmed Ismail Ali zusammen.

Kennedy will nicht kandidieren

Der amerikanische Senator Edward Kennedy hat seinen Ver*zicht auf eine Kandidatur für* die in zwei Jahren stattfindenden amerikanischen Präsidentenwahlen angekündigt. Kennedy teilte auf einer Pressekonferenz in Boston mit, dass er unter keinen Umständen eine Kandidatur für die demokratische Partei annehmen werde. Als Grund für seinen Verzicht gab der prominente Senator familiäre Gründe an. Edward Kennedy ist der letzte Ueberlebende der vier Söhne der Millionärs-Dynastie, nachdem Joseph im Zweiten Weltkrieg gefallen ist und Präsident John sowie Senator Robert ermordet wurden.

Palaestinenser wollen an Zivilluftfahrtskongress teilnehmen

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) will, allem Anschein nach, als Beobachter am Kongress der Zivilluftfahrtsgesellschaften in Montreal teilnehmen. Der IATA-Kongress wird heute in der kanadischen Stadt eröffnet.

Die israelische Delegation will sich der Zuerkennung des Beobachterstatus für die PLO widersetzen. Israel vertritt den Standpunkt, dass die palästinensischen Terroristen, die in der ganzen Welt als Flugzeugpiraten berüchtigt sind, nichts an einem solchen Kongress der Zivilluftfahrt zu suchen haben.

Laut verschiedenen Meldungen wird Jordanien den Kongress einen Resolutionsantrag gegen Israel unterbreiten. Die Jordanier fordern, dass Israel wegen des Ausbaus und der Benutzung des Flughafens Atarot bei Jerusalem verurteilt wird und, dass Atarot von der IATA offiziell als jordanisches Territorium erklärt wird.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

Der saudiarabische König Feisal erklärte in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek", eine erneute Verhängung des Oelembargos sei jederzeit möglich. Ein solcher Entscheid hänge von der Politik der Abnehmerstaaten ab.

Auf Zypern begann der Austausch von 5.000 gesunden Kriegsgefangenen zwischen Einheiten der türkischen Armee und der griechisch-zypriotischen Nationalgarde. Der Austausch, für *den zehn Tage vorgesehen sind,* findet im Hotel „Ledra Palace" in Nikosia statt.

Der gestürzte zypriotische Präsident Makarios beendete einen zweitägigen Besuch in Jugoslawien und flog nach London. Erzbischof Makarios erklärte sich sowohl v. seinem *Besuch* in Belgrad, als auch von denen in Aegypten und Algerien als befriedigt. Er wird morgen zur Teilnahme an der UN-Generalversammlung nach New York fliegen.

Der Nahostberater des amerikanischen Aussenministers Kissinger ist in Kuwait zu Besprechungen mit der dortigen Regierung eingetroffen. Dabei geht es um die von Kuwait bisher abgelehnte Teilnahme an der vorgeschlagenen Konferenz der Oel exportierenden und der ölimportierenden Länder.

In Grossbritannien wurde der Wahlkampf für die am 10. Ok*tober stattfindenden* Unterhauswahlen mit Pressekonferenzen der Führer der drei grossen Parteien eröffnet. Nach letzten Meinungsumfragen dürfte die regierende Labour-Partei von Premierminister Harold Wilson die Mehrheit erhalten.

Scheich Mudjibur Rachman, der *Ministerpräsident* von Bangladesch, erklärte in einem Schreiben an die UN, dass sein Land vor einer grossen Hungersnot stehe. Wenn nicht innerhalb eines Monats massive ausländische Lebensmittel-Lieferungen über 4000 zu errichtende Verteilerstellen an die Notleidenden ausgeliefert würden, sei eine Katastrophe unabwendbar.

DAS WETTER

Temperaturen: Jerusalem 16—26, Tel Aviv 18—28, Haifa 21—28, Zfat 15—26, Tiberias 16—31, Afula 13—32, Lod 15—30. *Totes Meer 18—36. Beer* Schewa 15—30, Ejlat 22—34 Grad.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

Innere Krise im Libanon

Die libanesische Regierung hat Staatspräsident Frangije ihren Rücktritt angeboten. Als Grund *für diesen Schritt wird in einem* offiziellen Communique in Beirut die unsichere innenpolitische Lage angegeben. In den letzten Tagen war es verschiedentlich zu Zusammenstössen gekommen, die mehrere Todesopfer forderten.

Das Rücktrittsersuchen der Regierung war erwartet worden, da es sich gezeigt hatte, dass sie nicht mehr imstande war, die Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten und von ihr erlassene Gesetze auch durchzuführen. Die libanesische Regierung hatte vor einigen Tagen das Waffentragen für Zivilisten verboten, doch wurde dieses Verbot vor allem von den palästinensischen Terroristen und libanesischen politischen Extremisten, gegen die es gerichtet war, nicht beachtet. Es kam zu verschiedenen blutigen Zusammenstössen zwischen solchen Organisationen untereinander und auch gegen die Ordnungskräfte.

Höhepunkt der blutigen Kämpfe war eine laut Polizeiberichten von Falangisten ausgelöste Schiesserei zwischen diesen und Mitgliedern der „Fortschrittlichen Sozialistischen Partei" in Darschisch am Fusse des Hermon. Bei diesen Kämpfen kamen vorgestern drei *Menschen ums Le*ben und zehn weitere wurden verletzt.

PALAESTINENSERCHEF ERSCHOSSEN

Nach Meldungen aus Beirut ist der Anführer der Terroristengruppe, die vor einem Jahr auf dem Flughafen in Rom ein Blutbad ausgelöst hatte, in der libanesischen Hauptstadt erschossen worden. Der Terrorist ist nach libanesischer Ansicht vor wenigen Tagen im Rahmen einer internen Abrechnung unter Fatah-Leuten erschossen worden.

Neuer deutscher Botschafter fuer Israel

Neuer deutscher Botschafter *in Israel soll Peer Fischer,* ein hoher Beamter des deutschen Aussenministeriums, werden. — Diese Mitteilung wurde von gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in der deutschen Bundeshauptstadt Bonn gegeben.

Fischer wird den bisherigen Botschafter Jesco von Puttkamer ablösen, der zum neuen Botschafter in Jugoslawien ernannt worden ist. Eine offizielle Bestätigung der Ernennung Fischers steht zur Zeit noch aus.

aus Israels PRESSE

DIE UNEINIGKEIT BEI DEN ARABERN

Mehrere Zeitungen widmen ihre Leitartikel den Meinungsverschiedenheiten im arabischen Lager, die im Anschluss an die Entscheidung von Kairo auftraten.

Dawar meint, die Vereinten Nationen werden jetzt vielleicht verstehen, warum Israel dagegen ist, einen neuen palästinensischen Staat unter Führung der Dachorganisation der Terroristen zu billigen.

Hazofe erklärt, es gebe Meinungsverschiedenheiten zwischen Israel und Jordanien, aber beide lehnen die Entscheidung von Kairo ab, durch die der Befreiungsorganisation ein Monopol eingeräumt werden sollte.

Al Anba (arabisch) ist der Auffassung, dass die Erklärung Husseins nicht das letzte Wort ist. Vielmehr wird Kairo Versuche unternehmen, um Jordanien zu versöhnen, da man in Aegypten weiss, wie wichtig Jordanien für die gesamte arabische Front ist.

Omer äussert die Vermutung, dass Sadat vielleicht durch die Erklärung von Kairo sich die Möglichkeit sichern wollte, mit Israel allein — ohne Rücksicht auf andere Faktoren — über die Sinai-Halbinsel zu verhandeln. Wenn das die Ansicht Sadats war, so hat er sie erreicht.

DIE DEBATTEN MIT JACKSON

Al Hamischmar äussert die Hoffnung, dass die Debatten *über den Vorschlag des Senators Jackson* bald beendet werden können und dass dann die *verstärkte Einwanderung* aus der UdSSR beginnen wird. Israel ist sehr an einer verbesserten internationalen Situation interessiert und will mehr Einwanderer aufnehmen.

Jerusalem Post zieht den Jackson-Plan und folgende verstärkte Einwanderung von Juden aus der UdSSR in Betracht. Das Blatt tritt dafür ein, schon jetzt ein Programm aufzustellen, das *zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten* für jüdische Einwanderer sichert. Dabei soll insbesondere an verstärkte Produktion für den Export gedacht werden, um die Zahlungsbilanz zu verbessern.

KEINE NEUE TEUERUNGSZULAGE

Haarez begrüsst die Erklärung des *Histadrut*-Generalsekretärs Meschel, dass die Histadrut im Oktober keine weitere Teuerungszulage fordern wird. Diese Erklärung kann zur Beruhigung beitragen, während eine erneute Forderung nach Teuerungszulage eine grosse Erschwerung für die Wirtschaft bedeutet hätte.

GEGEN ABTREIBUNGEN

Hamodia protestiert mit aller Schärfe gegen die Beschlüsse der Regierung in der Frage der Legalisierung von Abtreibungen. Das Kabinett hat sich zwar nicht ausdrücklich dafür ausgesprochen, aber seine Entscheidungen können nur dazu beitragen, dass die Zügel — und Hemmungslosigkeit auf diesem Gebiete weiter an Umfang gewinnen.

DIE RELIGIOESEN

Schearim ist der Meinung, dass die Verhandlungen mit den Religiös-Nationalen zu einer scharfen antireligiösen Strömung im Lande geführt haben, wie man sie in einem demokratischen Staate nicht kennt. Alles Religiöse wird mit rücksichtsloser Schärfe angegriffen und verdammt. Die Stimmung erinnert fast an die Haltung der Jewsekzia in der UdSSR.

„PAPST GEGEN JUDAISIERUNG DER HEILIGEN STAETTEN"

Amman (R) — Laut Meldung *aus jordanischen Quellen soll der* apostolische Nuntius in Jerusalem dem katholischen Erzbischof von Jordanien mitgeteilt haben, dass Papst Paul VI. die Entweihung der heiligen Stätten und die zunehmende Judaisierung in den von Israel besetzten Gebieten verurteile.

Der Papst soll versprochen haben, seine Bemühungen fortzusetzen, um „die heilige Stadt zu befreien" und ihren besonderen historischen und religiösen Charakter zu sichern, zusätzlich zur Garantie der freien Religionsausübung für alle.

Der Nuntius soll weiter mitgeteilt haben, dass die zuständigen Stellen in Rom die Genehmigung für den Erwerb eines Bauplatzes zur Errichtung einer grossen Moschee gegeben haben. Dieser Akt soll „die Einheit und die Zusammenarbeit zwischen Menschen veranschaulichen, die an Gott und an geistige Werte glauben".

FRANZOESISCHER AUSSENMINISTER WILL MIT ARAFAT ZUSAMMENTREFFEN

Beirut (UPI) — Nach Meldung der libanesischen Zeitung „Al Anwar" will der französische Aussenminister Sauvagnargue anlässlich seines Besuchs *im* Libanon auch mit Arafat zusammentreffen.

Paris (AFP) — Der *israeli*sche Botschafter Ben Natan besuchte den französischen Aussenminister Sauvagnargue, um mit ihm die Einzelheiten seiner Visite in Israel zu besprechen, die für Ende Oktober angesetzt ist.

● **Eine grosse britische Grundstückfirma „St. Martin", soll zum Preise von 107 Millionen Sterling einem Scheich aus Kuwait verkauft werden.**

● **Der Aussenministerrat der Panamerikanischen Union beschloss für den 7. November eine Konferenz nach Quito (Ecuador) einzuberufen, auf der die Frage der Aufhebung des Boykotts gegen Kuba behandelt werden soll.**

● **Das ostdeutsche kommunistische Organ „Neues Deutschland" kritisiert die USA scharf, weil sie Israel mit Waffenlieferungen unterstützen.**

Tagesbefehl des Generalstabschefs zum Jom Kippur

Am Jom Hakippurim des Jah*res 5734 um 14 Uhr begannen* die Aegypter und die Syrer den Krieg. Zu dieser Stunde befanden sich die Bewohner Israels zur seelischen Rechenschaftslegung in den Synagogen und in den *Häusern*.

Die Feldeinheiten in den vordersten Linien nahmen den Kampf mit grosser Tapferkeit auf, während die Reserveeinheiten einberufen und zum Einsatz an der *Kampflinie* vorbereitet wurden.

Zwei volle Tage lang dauerten die schweren Abwehrkämpfe.

Der Feind setzte gewaltige Mengen von Personal und Waffen ein und übte starken Druck aus. Die Einheiten an den Verteidigungslinien in den Festungen, in den Stellungen, in den Tanks, an den Kanonen, in den Flugzeugen, auf den Schiffen, in den Pionier-, den Sanitäts-, den Nachschub- *und den* Versorgungseinheiten — Soldaten und Kommandeure mit Kraft, Mut, Besonnenheit und Beharrlichkeit — hielten die Eindringlinge auf und brachten ihren Vorsturm *zum Stillstand*.

Reserveeinheiten eilten, bevor noch ihre Ausrüstung und ihr Personal vervollständigt werden konnte, zu den Linien, schlossen sich dem Kampf an und hielten feindliche Kräfte auf, denen ein Eindringen gelungen war.

Am dritten Tage gingen die Zahal-Kräfte an beiden Fronten zum Gegenangriff über. An der syrischen Front wurde der Feind über die Ausgangslinien zurückgeworfen und musste den grössten Teil seiner Ausrüstung zurücklassen. An der ägyptischen Front wurde ein Angriffskeil vorgetrieben; die Aegypter blieben in ihren Positionen und bewegten sich nicht mehr.

Am sechsten Kriegstage stiessen unsere Streitkräfte in das syrische Hochland vor und drangen weit in Richtung auf Damaskus vor.

Am zehnten Kriegstage überquerten unsere Streitkräfte den Suezkanal und stiessen weit in Richtung auf Kairo vor.

Am zwölften Kriegstage sahen sich die Araber zum Waffenstillstand gezwungen, weil sie die völlige Vernichtung ihrer Truppen und eine Gefahr für ihre Hauptstädte befürchten mussten.

Neunzehn Tage nach seinem Beginn endete der Jom Kippur-Krieg, als sich unsere Streitkräfte tief im Gebiet des Feindes befanden und dessen Hauptstädte bedrohten.

Vor allem müssen wir stolz sein auf unsere Erfolge.

Vor allem müssen wir uns beglückwünschen zu dem Heldenmut der Zahal-Kämpfer in allen Aufgaben und in allen Dienstgraden.

Wir stehen in Trauer und Stolz an den Gräbern unserer Kameraden.

Wir danken in Mitgefühl und Anerkennung unseren verwundeten Kämpfern.

Während des Jahres nach dem Kriege haben wir unsere Reihen aufgefrischt und gestärkt, unsere Kraft ist wesentlich angewachsen und wir widmen unsere ununterbrochene Aufmerksamkeit weiteren Verbesserungen. Es ist dies eine umfangreiche und schwere Arbeit. Wir alle, im regulären Dienst und im Reservedienst, müssen hierzu mit ganzen Kräften beitragen.

Es mag sein, dass sich die arabischen Staaten einzig u[nd] allein ihrer ersten Angenblic[ke] des Erfolgs im Kriege erinne[rn] und ihren grossen Rücksch[lag] vergessen. Wir wissen, dass [es] Kräfte in der Welt gibt, die d[en] arabischen Armeen mit mode[rn]sten Waffen und politischer U[n]terstützung helfen.

Es ist unsere Pflicht, eine [na]tionale und militärische Po[si]tion aufzubauen, die gegen [je]jede bestehen kann, um ein[en] Krieg zu verhüten oder in d[ie]sem zu siegen.

Auf der heldenhaften Tra[di]tion und Hingabe Zahals u[nd] seiner Kämpfer, die sich im J[om] Kippur-Krieg so vielfach [be]währt hat, bauen wir auf.

„Gemar Chatima towa" al[len]

Tischri 5735.

Raw-Aluf Mordechai Gur
Generalstabschef.

WOCHENRATGEBER

24. September — 1. Oktober 1974

Geburtstag 23.9.—22.10.: Wenn Sie zu reisen vorhaben, tun Sie dies jetzt. Lassen Sie sich nicht in Geschäfte *hetzen, die Sie nicht tätigen wollen.*

Geburtstag 23.10.—21.11.: Noch immer wird es gewisse Schwierigkeiten geben, aber auf die Dauer werden Sie erfolgreich bleiben.

Geburtstag 22.11.—21.12.: Das Glück ist Ihnen zur Zeit nicht gut gesinnt. Lassen Sie sich dennoch nicht *nervös machen.*

Geburtstag 22.12.—20.1.: Ihre Begabung hilft Ihnen bei Problemen, die sich einstellen. Zeigen Sie sich selbstsicher.

Geburtstag 21.1.—19.2.: Sie können in dieser Woche beweisen, welche Fähigkeiten in Ihnen stecken. Eine bessere *Zeit bahnt sich an.*

Geburtstag 20.2.—20.3.: Nehmen Sie auch Dinge in Angriff, die Ihnen an sich nicht liegen. Sie werden Erfolg haben.

Geburtstag 21.3.—21.4.: Lassen Sie sich nicht auf zweifelhafte Angelegenheiten ein. Sie müssen genau den Weg *gehen, den Sie für richtig halten.*

Geburtstag 22.4.—20.5.: Nutzen Sie alle Ihnen gebotenen Möglichkeiten bis zum letzten aus. Sie haben diese Woche die Gelegenheit zu beweisen, was Sie können.

Geburtstag 21.5.—21.6.: Tun Sie nichts, was Schwierigkeiten heraufbeschwören könnte. Ein altes Problem kehrt wieder.

Geburtstag 22.6.—22.7.: In dieser Woche müssen Sie fest bleiben und Ihre Ansichten unmissverständlich klarmachen. Versuchen Sie aber nicht, persönlich zu werden, damit keine Beleidigungen entstehen.

Geburtstag 23.7.—23.8.: Ihre Geschäfte entwickeln sich gut, es gibt jedoch keine leichten Erfolge. Sie müssen all Ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen.

Geburtstag 24.8.—22.9.: Alles, was sich jetzt entwickelt, hat kaum wirkliche Bedeutung. Wägen Sie jeden Schritt genau ab.

Scharfe Kritik an Privatpraxis der Kupat Cholim-Aerzte

Mehrere Berichte des Kontrolleurs der Histadrut, Schlomo Stanger, enthalten Hinweise auf Verstösse von Kupat Cholim-Aerzten gegen Grundsätze dieses Instituts. In den Berichten, auf die wir schon kurz hingewiesen hatten, macht der Kontrolleur darauf aufmerksam, dass ethische Grundsätze von Aerzten verletzt wurden.

Am meisten beschwert er sich darüber, dass sich Kupat Cholim-Aerzte nicht zu ihrer Arbeit in der Kasse einfanden und statt dessen sich mit *Privatpraxis* beschäftigten. Die Kritik des Kontrolleurs bezieht sich auf die Jahre 1969/70 bis 1972/73.

Der Kontrolleur macht darauf aufmerksam, dass die Leitung der Kupat Cholim zwar in gewissem Umfange Privatpraxis erlaubt, dass die Aerzte jedoch bald über das erlaubte Mass hinausgegangen sind.

Die jetzt erstatteten Berichte beziehen sich in ihrem ersten Teil auf vier Krankenhäuser der Kupat Cholim und im zweiten Teil werden die Bedingungen in zwei weiteren Krankenhäusern erörtert. Ferner bemängelt der Kontrolleur, dass die Kupat Cholim keine wirkliche Ordnung für die Bestellung von Filmen für die Röntgeninstitute und für sonstige Materialien eingeführt hat. 1971/72 wurden für 100.000 IL mehr Filme bestellt als im Jahre vorher, ohne dass eine wirkliche Aufklärung gegeben werden konnte.

Fast in allen geprüften Kr[an]kenhäusern der Kupat Ch[olim] bestehen Mängel bei der Au[sga]be von Arzneien und beson[ders] bei der Ueberwachung von [Nar]kotika. Nach den Vorschr[iften] des Gesundheitsminister[iums] müssen Zuteilung von Nar[koti]ka sofort in einem besond[eren] Buch registriert werden. In [...] Krankenhäusern musste [der] Kontrolleur feststellen, dass [die] Eintragungen erst nach e[inem] Monat erfolgten und auch [nicht] genau waren. Dieser Fal[l ist] *laut Erklärung des Kontroll[eurs]* besonders wichtig. Die Ve[rsor]gung mit Materialien is[t ein] sehr umfangreiches Gebiet, [für] das grosse Mittel aufgewe[ndet] werden; nach Meinung des [Kon]*trolleurs ist genaue Buchfüh[rung]* und Verbesserung der Be[schaf]fungsmethoden dringend not[wen]dig. Aenderung in dieser [Be]ziehung würde nachteilige [Aus]wirkungen auf die Fü[hrung] der *Krankenhäuser sowie* die Leistungsfähigkeit und [die] Arbeitsmoral der Angest[ellten] zur Folge haben.

KOOPERATIVEN BILDEN FUSIONS-AUSSCHUESSE

Die Autobus-Kooperativen „Egged" und „Dan" haben drei *gemeinsame* Ausschüsse gebildet, die über verschiedene Fachgebiete im Rahmen der beabsichtigten Vereinigung beraten.

Ein Ausschuss widmet sich den Fragen des Verkehrsbetriebs, der zweite finanziellen Fragen und der dritte internen Anweisungen.

Nach der Wahl des neuen „Egged"-Vorstands zu Beginn *des Jahres 1975 dürfte das* Anliegen der Fusion schnellere Fortschritte zeigen.

ZUGVERKEHR AM JOM KIPPUR

Am Mittwoch, dem Vorabend von Jom Kippur, verkehren die letzten Züge der israelischen Bahn bereits zu folgenden Zeiten:

Von Jerusalem nach Tel Aviv um 10.40 Uhr — von Jerusalem nach Haifa um 7.04 Uhr — von Tel Aviv nach Jerusalem um 9.54 Uhr — von Tel Aviv nach Haifa um 12.20 Uhr — von Haifa nach Jerusalem um 6.42 Uhr — von *Haifa* nach Tel Aviv um 11.30 Uhr — von Haifa nach Naharia um 9.08 Uhr — und von Naharia nach Haifa und Tel Aviv um 10.47 Uhr.

Am Abend nach dem Jom Kippur verkehren keine Personenzüge.

Drei Supermarket-Terroristen bekennen »Fatach«-Zugehörigkeit

Die beiden Araber, die am Vorabend von Rosch Haschana beim Versuch eines Terroranschlags im Supermarket von Jad Elijahu festgenommen wurden, wollten noch weitere Terrorakte durchführen, wie sich bei ihrer polizeilichen Vernehmung herausstellte.

Als Namen der beiden Verhafteten werden jetzt Chassan Abd, 22 Jahre alt, und Nawiach Chilef, 21 Jahre alt, übermittelt. Auch ihr Verbindungsmann, 24 Jahre alt, wurde inzwischen festgenommen. Alle drei Terroristen stammen aus der Gegend von Tulkarem. Sie haben zugegeben, dass sie der „Fatach" angehören und ihre Aufträge über den Rundfunksender in Damaskus bekommen haben. Abd war bereits einmal im Jahre 1972 verhaftet und damals wegen Gewährung von Unterschlupf und Verpflegung an *Terroristen zu neun Monaten* Gefängnis verurteilt worden. Danach warb er Chilef an und beide gelangten im Rahmen eines „Familienbesuchs" nach Syrien, wo sie Anleitungen und Waffen *erhielten*.

Für den Anschlag im Supermarket in der La Guardia-Strasse des Tel Aviver Wohnviertels Jad Elijahu standen ihnen umfangreiche Sabotagemittel zur *Verfügung. Sie* wollen *jedoch* nach ihrer Aussage bemerkt haben, dass die Uhr, die den Zeitzünder auslösen sollte, wesentlich vorging, sodass die Explosion möglicherweise noch während der Legung der Sprengkörper erfolgt wäre; daraufhin hätten sie noch vor der Ausführung der Tat die Flucht ergriffen.

In der Nähe von Tulkarem wurden unter Steinen verborgen zahlreiche Explosionsstoffe und Ausrüstungen gefunden, die den Terroristen bei weiteren Anschlägen zur Verfügung stehen sollten. Die Verhafteten wollen wissen, dass andere „Fatach"-Gruppen Terroranschläge in Natania *und Kfar Saba durchgeführt* haben.

ARABER STAHL POLIZEIWAFFE

Ein 18jähriger Araber aus dem Gaza-Streifen wurde unter dem Verdacht verhaftet, dass er eine Pistole aus einem Polizeilager gestohlen hatte, mit deren Hilfe er einen Bankraub in Gaza und Einbrüche in Tel Aviv durchführte.

FREIWILLIG BEI DER POLIZEI GEMELDET

Eine Aerztin, die aus Russland neu eingewandert ist, meldete sich freiwillig bei der Polizei und erklärte, dass ihr Führerschein gefälscht sei. Sie brachte Reue über ihr Vergehen zum Ausdruck.

Wie der Sprecher der Polizei mitteilt, beabsichtigt die Polizei daraufhin, von einem Verfahren gegen die Aerztin abzusehen.

Bei einem Verkehrsunfall auf *der Haifa-Chaussee in der* Nähe von Ramat Aviv wurden vier Personen verletzt. Zwei von ihnen, eine Mutter und ihre Tochter, waren in einem Auto so eingeschlossen, dass sie von der *Feuerwehr herausgeholt* werden mussten.

Juedische Journalisten geben Mitteilungsblatt „Jedion" heraus

Der Weltverband der jüdischen Journalisten und die Informationsabteilung der Zionistischen Weltorganisation haben jetzt das erste Heft eines Mitteilungsblattes unter dem Namen „Jedion" herausgegeben.

Aufgabe dieses Mitteilungsblattes ist es, offizielle Informationen über Israel und wichtige Ereignisse in diesem Staat und Volk zu vermitteln. Das erste Heft wurde in englischer und jiddischer Sprache an die 400 Mitglieder dieses Verbandes in 22 Staaten zur Auswertung in journalistischer u. veranstaltungsmässiger Form versandt.

Dieses Heft enthält Ausführungen des Vorsitzenden der Sochnut-Exekutive, Pinchas Sapir, und dessen Finanzverwalter Arie Dulzin, Beiträge über den Jom Kippur-Krieg, über das israelische Militär, über die Terrorüberfälle auf Kirjat Schmona, Maalot, Schamir und Naharia, über die Zensur in Israel, über den Rundfunk- und Fernsehdienst, über die Aufgaben des jüdischen Journalisten in unseren Tagen und über die Tätigkeit des Journalistenverbandes. Mitarbeiter waren Ephraim Talmi, Mosche Ischon, Gerschon *Hell*, Arie Awneri, Alter Wellner, Mosche Gilboa (der Pressebeauftragte der ZWO) und Mosche Roz (Generalsekretär des Schriftstellerverbandes).

Arabische Gipfeltagung hat mit Schwierigkeiten in Afrika zu ringen

Die für Ende Oktober ange-...te arabische Gipfeltagung, die ... Rabat abgehalten werden wird, ...rd sich nicht nur mit dem ...mplex Palästina, Israel usw. ... befassen haben, sondern die ...nferenz wird sich eingehend ...t Misshelligkeiten beschäftigen ...ssen, die sich gerade auf dem ...ikanischen Kontinent ergeben ...ben. Diese gehen von dem ...uen Mitgliedsstaat der Liga ...malia und von Marokko aus. Die Spitzentagung wird zu-...chst auf einen von Somalia ...t Nachdruck vertretenen Plan ... beraten haben.

Die kürzlich versammelten ...ssenminister der arabischen ...aten, hatten bei ihrer letzten ...gung auch über eine „Konso-...erung der Beziehungen zu den ...ikanischen Staaten" beraten. ... lag ihnen ein Vorschlag des ... in die Arabische Liga aufge-...mmenen ostafrikanischen Staa-... Somalia vor, demnächst eine ...bisch-afrikanische Gipfelkon-...enz abzuhalten.

Somalia begründete diesen ...rschlag mit der „Notwendig-...t, die Beziehungen besonders ... wirtschaftlichem Gebiet zu ...dern". Somalia trat auch für ...anzielle und militärische Hilfe ... arabischen Staaten an die



...ikanischen „Befreiungsbewe-...gen" ein. Dem Plan eines ...ifeltreffens wurde grundsätz-... zugestimmt, jedoch ohne ein ...tum festzulegen.

Dass der Vorschlag einer ara-...ch-afrikanischen Konferenz ... somalischer Seite kam, kann ...m überraschen, nimmt doch ... Land in den Beziehungen ...schen der arabischen und der ...ikanischen Welt eine Sonder-...lung ein, vor allem seit es Mit-...d der Arabischen *Liga ist.* ...se Stellung ist in jüngster Zeit ...h dadurch aufgewertet wor-..., dass der somalische Präsident ...d Barre seit dem Gipfeltref-... der Organisation für afri-...ische Einheit (OAU) im Juni ... ein Jahr zum Vorsitzenden ... *OAU* gewählt worden ist.

Somalias Mittlerstellung ist ...r wegen seiner territorialen ...sprüche an die Nachbarstaa-... nicht unangefochten. *Die* ...publik Somalia, am äusser-... Ostzipfel Ostafrikas, beher-...gt nur einen Teil der Stam-...gruppe der *Somalier. Viele* ...malier leben als Folge der ...onialen Aufteilung Ostafrikas ... den Nachbarstaaten Aethio-...n, *Kenya und im* französi-...en Gebiet der Afar und Is-... (Djibouti). Somalia hat ...halb seit seiner Unabhängig-... *immer wieder* territoriale ...derungen gestellt, vor allem das Nachbarland Aethiopien. ... im Grenzgebiet Gas und Oel ...nden worden sind, vertritt ...malia seine Forderungen wie-... besonders energisch und ...tet mit sowjetischer Hilfe ...k auf. Jetzt nach der Ab-...ung des Kaiser Haile Selas-... werden sich die Ansprüche ... Somalia nach verstärken.

...ür die afrikanischen Staaten ... es ein Stein des Anstosses, ...s Somalia allzu kräftig die ...ndidatur des eigenen Aus-...ministers Omar Arteh Gha-... für das Amt des General-...retärs der Afrikanischen ...on betrieb und dabei die Un-...ützung der arabischen Mit-...der der OAU auszunützen ...chte. Die Schwarzafrika-... traten diesem Vorgehen fest geschlossen entgegen. Es waren nicht weniger als zwanzig Wahlgänge erforderlich, bis man sich schliesslich auf einen kamerunischen Kandidaten einigte. Doch die Verstimmung bei den Schwarzafrikanern blieb bestehen. Dies um so nachhaltiger, als die Schwarzafrikaner ohnehin über die „arabischen Freunde" verärgert waren. Zwar hatten die meisten von ihnen während des *letzten* Nahostkrieges *mit Israel* gebrochen, mussten aber anschliessend ebenso wie die Industriestaaten die Bürde der gestiegenen Oelpreise tragen. Seit Monaten versprechen die Araber bedeutende Finanzhilfe, die bisher aber nur zu einem kleinen Teil gewährt worden ist.

Angesichts der antiarabischen Stimmung bei den Schwarzafrikanern ist es kaum verwunderlich, wenn nun gerade Somalia als Mitglied von OAU und Arabischer Liga den Vorschlag für einen arabisch-afrikanischen Gipfel lanciert hat. Ob ein solches Treffen aber bessere Ergebnisse als die bisherigen Verhandlungen bringen wird, muss bezweifelt werden.

STREIT ALGERIEN-MAROKKO

Auch ein Streit zwischen Algerien und Marokko über die Zukunft der Spanischen Sahara wird zur Sprache kommen. Die Nachrichtenagentur Algeriens hatte sich bitter beschwert, weil Marokko von Algerien einseitige Parteinahme für seinen Standpunkt unter Zurückweisung der Wünsche Mauretaniens (das auch zum arabischen Bereich zählt) verlangt.

Die algerische Nachrichtenagentur erinnert an Vereinbarungen der Vergangenheit, besonders an die Konferenzen von Agadir und Nawadigo zwischen Marokko, Algerien und Mauretanien über die Frage der Spanischen Sahara. Damals **habe man beschlossen, solidarisch vorzugehen, und die Selbstbestimmung der Bewohner des Territoriums sei zum Grundprinzip erhoben worden.**

Algerien sehe sich in einer Lage, in der zwei Bruderstaaten — Marokko und Mauretanien — Anspruch auf die Spanische Sahara erhoben. Algier könne unter diesen Umständen gar nichts anderes tun, als sich strikt an die Beschlüsse der beiden Konferenzen halten. Das Communique Algeriens enthält einige deutliche Stacheln gegenüber Marokko. Es erklärt, Algerien müsse sich fragen, wie es komme, dass Marokkko nun plötzlich einseitig eine grosse diplomatische Aktion betreffend die Sahara beginne, trotz den in Agadir und Nawadigo getroffenen Abmachungen, solidarisch vorzugehen.

Man könne auch fragen, was denn Marokko bis heute erreicht habe: „Wir wissen natürlich", heisst es in dem Communiqué „dass innere Umstände die Staaten oft dazu bewegen, nach vorne zu fliehen, um die Lage zu beruhigen, und dass eine Sinfonie über die Befreiung von usurpierten Gebieten eine Zeitlang die murrenden Stimmen (im Innern) zum Verstummen bringen kann." Schliesslich verfehlt *die formal korrekte,* aber im Inhalt recht aggressive Erklärung nicht, darauf hinzuweisen, dass Marokko nur von der Sa*hara spreche und nichts über* die Städte Ceuta und Melilla sage, „die bis heute dem spanischen Kolonialismus unterworfen sind".

Die Erklärung der algerischen Nachrichtenagentur dürfte kaum dazu angetan sein, die Gegensätze zwischen den beiden Nachbarn zu mildern. Im Gegenteil, sie dürfte die bisher eher andeutungsweise bekannten Spannungen verstärken und ans Licht der Oeffentlichkeit bringen. Es war vor allem die offiziöse Zeitung „Le Matin" in Casablanca, die von dem früheren Informationsminister Alawi veröffentlicht wird, welche in den letzten Wochen des öftern über die „passive Haltung" Algeriens in der Saharafrage geklagt hatte. Einige Marokko nahestehende Beiruter Zeitungen, so „Al-Hayat", hatten in ähnlichen Tönen geschrieben.

Wie die Andeutung betreffend „innere Schwierigkeiten" Marok*kos zeigt,* die in der *algerischen* Erklärung fällt, gebt es bei diesen Gegensätzen um mehr als um blosse Rivalitäten wegen *des Saharagebietes (auf das* Algerien direkt keinen Anspruch erhebt, welches Algier jedoch wohl am liebsten als unabhängigen Staat sehen möchte). **Im Grunde glauben die Algerier nicht an ein langes Fortbestehen** des Regimes vor König Hassan **in Marokko** der mit Abhaltung der arabischen Gippel-Konferenz in Rabat für sich Reklame machen will. Sie verhalten sich dementsprechend, nämlich kritisch, gegenüber dem Regime des Königs und all seinen Werken — aller Wahrscheinlichkeit nach, weil sie darauf hoffen, nach einem Umsturz mit dem Nachfolgeregime um so herzlichere Beziehungen aufnehmen zu können.

Autoerwerb als „religioese Dienstleistung" gebucht

Jerusalem, HM. — Der Vorsitzende des Kultusbeirats von Ober-Jokne'am, und ein Gemeindeangestellter der Ortschaft, erhielten von der Gemeinde Anleihen von je IL. 15,000.— für den Erwerb von Privatautos, zu äusserst günstigen Bedingungen. Der Vorsitzende des Kultusbeirats wurde nicht aufgefordert, eine schriftliche Verpflichtung über die Rückgabe der Anleihe, die als Finanzierung „religiöser Dienstleistungen" verbucht wurde, auszustellen. — Dies und andere schwerwiegende Misstände in der Verwaltung von Jokne'am Ilit enthüllt Staatskontrolleur Dr. J. E. Nebenzahl in einem kürzlich veröffentlichten Bericht.

Nicht weniger als 32% der Wassermengen, die die Gemeinde bei der landesweiten Wasserversorgungsgesellschaft „Mekoroth" erwarb, gingen durch defekte Leitungsrohre verloren. Die Gemeinde war auch mit dem Inkasso der Wasserrechnungen von Verbrauchern im Rückstand, Ende März 1973 mit insgesamt IL. 122,000.—.

Bei einem grossen Bauprojekt (Schule, Klubhaus und Speisesaal), hatte die Gemeinde nicht nur ihr Budget von IL. 4,5 Mio. um eine halbe Million IL überzogen, sondern auch davon Abstand genommen, schriftliche Aufzeichnungen über die Einzelheiten der Durchführung des Bauprojekts seitens des Bauunternehmers zurückzulassen.

Die „Drei van Breda" bleiben in Haft

Von unserem Korrespondenten in den Benelux-Staaten HERMANN BLEICH (Den Haag)

Die drei letzten deutschen Kriegsverbrecher, Fischer, Kotälla und Aus der Fünten, die im niederländischen Strafgefängnis van Breda lebenslängliche Haft verbüssen, können nicht mit ihrer Freilassung rechnen, wenngleich in jüngster Zeit erneut von deutscher Seite Schritte nach dieser Richtung unternommen wurden. Die Regierung in Den Haag, die nicht zuletzt auch der öffentlichen Meinung im eigenen Land Rechnung tragen muss, hat abweisend reagiert.

Pfarrer Ernst Wilm aus Espelkamp, der für die Evangelische Kirche in Deutschland die „Kriegsverurteilten im Ausland" betreut, bezeichnete in einem offenen Brief an die niederländische Regierung die fortgesetzte Gefangenschaft der drei Kriegsverbrecher als „einen Skandal". Der Pfarrer hatte bereits im Dezember 1973 bei der niederländischen Regierung auf die Freilassung der „Drei van Breda" gedrängt. Er schrieb damals, es handle sich um drei körperliche und geistige Wracks, vor denen sich kein Mensch in der Welt mehr zu fürchten brauche. Ministerpräsident Den Uyl hat wissen lassen, dass die niederländische Regierung bei ihrem abweisenden *Standpunkt bleibt.*

Teuerungsrate hat sich erheblich verlangsamt

Von E. JACOB

Im Monat Juli war es eine grosse Ueberraschung, dass der Konsumenten-Preisindex nur um 1.4% gestiegen war. **Im August hatte er sich sogar nur um 5% erhöht.** Wir haben in den Monaten Juni, Juli und August einen ausgesprochenes Absinken *der Teuerungsrate und eine* Rückkehr zu fast normalen Verhältnissen vor uns. In der Welt sind die Regierungen sehr zufrieden, wenn die Teuerung pro Jahr um sieben bis zehn Prozent steigt. Wenn wir das gegenwärtige Tempo beibehalten, dann werden wir auch nicht über diese Rate hinauskommen und zu den Ländern mit sehr gemässigter Inflation gehören.

Der Monat August war von *einer besonders günstigen Situation* bei Früchten und Gemüsen sowie von der Wirkung der Saisonausverkäufe beeinflusst. Der Feiertagsmonat September bringt gewöhnlich eine höhere Teuerungsrate, aber die Regierung hat in diesem Jahr versucht, mit Hilfe von Verbilligungsaktionen und durch Verlängerung der Saison-Schlussverkäufe mildernd zu wirken. Allem Anschein nach wird auch der September keinen grossen „Teuerungssprung" nach oben bringen.

Angesichts der Erfahrungen der letzten drei Monate ist es interessant, zu untersuchen, warum eigentlich im letzten Jahre der Index bei uns so sehr gestiegen ist. Von Rosch Ha*schana 73 bis Rosch Haschana* 74 ist der Index um 37% in die Höhe geklettert, in den ersten acht Monaten des laufenden Kalenderjahres *stieg er um* 23.8%.

Ein Rückblick auf das Jahr 1973 zeigt uns, dass der Index vom Januar von 144 Punkten auf fast 166 hinaufgegangen war. Diese Erhöhung war Folge der ausserordentlichen Verteuerung der Rohstoffpreise in der Welt und ausserdem der grossen Nachfrageninflation in unserem Lande. In den Monaten Oktober bis Dezember 1973 erhöhte sich der Index um nochmals 12%, also um 4% monatlich. **Dieses Mal waren jedoch nicht *eigentliche wirtschaftliche Einflüsse* massgebend,** sondern die Regierung hatte massiv mit Erhöhung der Brennstoffpreise und Streichung von Subsidien eingegriffen, um sich Geld angesichts der Kriegskosten zu beschaffen.

Auch die ersten sechs Monate des Jahres 1974 sind im wesentlichen von Massnahmen der Regierung bestimmt. In dieser Zeit stieg der Index um 34 Punkte. Dies war darauf zurück*zuführen, dass die Regierung die* 14 Grundnahrungsmittel verteuerte, weitere Subsidien strich und die Verkehrstarife erhöhte. (Ausserdem spielten natürlich auch Preissteigerungen im Auslande ihre Rolle.) Übermächtig war jedenfalls der Einfluss der Regierung, und wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken können wir sagen, dass die grosse Teuerung in erster Linie auf den Staat und seine Massnahmen zurückgeht.

Kann nun der Staat wegen schlechter Finanzpolitik oder wegen „Räuberei" bei seinen Bürgern beschuldigt werden? Eine solche Kritik wäre kaum angebracht. Es darf nicht vergessen werden, dass die Regie*rung wegen des Krieges den Etat* für 1973/74 plötzlich von 19 auf 30 Milliarden IL erhöhen musste, und dass sie für 1974 ein Budget ansetzte, das über 35 Milliarden IL Ausgaben vorsah.

WIR LEBEN AUF KOSTEN DER DEVISEN

Zu allem kommt noch die ausserordentliche Auslandsverschuldung und der Verfall der uns zur Verfügung stehenden Devisenreserven hinzu. Im Jahre 1969 als Seew Sheref Finanzminister war, stieg der Index um insgesamt nur 3% aber dafür zehrten wir einen Grossteil unserer Devisenbestände auf. Heute ist es kaum anders: in den letzten drei Monaten war die Teuerungsrate sehr milde, aber dafür haben wir für Hunderte Millionen Dollar Waren importiert und leben praktisch **auf Kosten der Valutareserven der Staatsbank.** Die Regierung hofft, dass sich infolge ihrer neuen Wirtschaftspolitik die Situation bessern wird, aber niemand weiss, ob dies wirklich der Fall sein wird.

Uebermässige Klagen der Bevölkerung scheinen kaum berechtigt zu sein, denn nach einer *Umfrage* des *Pori*-Instituts hat sich folgendes ergeben: 43.7% der Befragten haben ihren Lebensstandard gegenüber der Zeit *vor dem Jom Kippur-Krieg* nicht gesenkt, 7.7% haben ihn sogar gesteigert, und nur 45.6% gaben irgendeine Senkung zu. Von einer radikalen Einwirkung der neuen Wirtschaftspolitik sind wir also noch weit entfernt, und wenn die ersten Anzeichen einer Dämpfung in der Wirtschaft aufzutreten scheinen, so wird schon Zeter und Mordio geschrien.

Dazu erklärte der Generaldirektor des Handels- und Industrieministeriums Dr. Mosche Mandelbaum, dass **nicht wegen der Wirtschaftspolitik** der Regierung sondern wegen temporarer Export-Schwierigkeiten in einigen Unternehmungen 3—4.000 Arbeiter entlassen wer*den müssen. Aber angesichts des* grossen Bedarfs in der Industrie wird es nach seiner Meinung bald möglich sein, diese Arbeiter unterzubringen. Auch die bisherigen Erfahrungen zeigen dass Arbeiter von Betrieben, die schliessen mussten, sehr leicht und schnell wieder untergekommen sind.

Portugals Armee zwischen den Fronten

Der portugiesische Regierungssprecher zoegerte sichtlich. „Die Lage in Mozambique ist — verwirrend", sagte er schliesslich gequaelt. Und in Angola? „Das trifft wohl auch fuer Angola zu", raeumte er widerwillig ein. Diese Lagenanalyse war die bisher groesste Untertreibung des sonst so *offenen und pres*sefreudigen Majors.

„Verwirrend" ist in der Tat ein unzureichendes Wort fuer *die Verhaeltnisse in beiden* Kolonien. Mehrere Menschen wurden bei Protestdemonstrationen getoetet. Banden empoerter Weisser zogen durch die Strassen und zerstoerten Gebaeude der Befreiungsbewegung Frelimo; Diskussionen endeten in blutigen Schlaegereien. Der besetzte Sender rief pausenlos zur „Befreiung Mozambiques" auf. Die Rebellion breitete sich wie ein Buschfeuer aus — und gewann zunehmend Anhaenger unter der schwarzafrikanischen Bevoelkerung.

Nicht zuletzt deshalb zoegerte die portugiesische Armee, den Befehlen aus Lissabon zu folgen und mit Waffengewalt vorzugehen. Denn die gefaehrliche Spannung im Lande kann schnell in den offenen Buergerkrieg umschlagen. Wie dann die Fronten verlaufen werden, wagt niemand vorherzusagen.

Der Protest der Siedler richtet sich in erster Linie gegen das *Abkommen* von Lusaka. Es sieht vor, dass Mozambique im Juni 1975 in die Unabhaengigkeit entlassen und dass Ende die*ses Monats eine Uebergangsre*gierung gebildet wird. Die Frelimo soll vier Fuenftel der Kabinettsposten besetzen. Eine vor*aufgehende* Volksabstimmung, die Lissabon versprochen hatte, ist nicht mehr vorgesehen.

Die portugiesische Regierung steht zwischen den Fronten. *Die* Rebellion hat gezeigt, dass die Mehrheit der Weissen und ein grosser Teil der Afrikaner, jetzt in einer Demokratischen Volksbewegung verbunden, die politische Fuehrungsrolle der Frelimo ablehnt. „Wir wollen nicht einen rechten Faschismus gegen einen linken Faschismus eintauschen", verkuenden sie. Ueber den Linkskurs der in „Maoisten" und „afrikanische Sozialisten" gespaltenen Frelimo gibt es tatsaechlich keinen Zweifel. Es ist auch voellig ungewiss, ob sie spaeter ein *Mehrparteiensystem* belassen wird.

Vor der Rebellion hatten sich vier Gruppen herausgeschaelt: die marxistisch orientierte Frelimo; ein harter Kern weisser Siedler, gruppiert um die Organisation FICO („Ich bleibe"), die lieber im Kampf gegen die Afrikaner fallen als sich unterordnen wollen; eine weisse Minderheit, meist Studenten und juengere Angestellte, die an ein gemischtrassiges, friedliches Mozambique glauben und mit der Frelimo zusammenarbeiten wol*len; und in zahllose Grueppchen* zersplitterte Afrikaner, die — zum Teil auf Grund alter Stammesfehden — den Tag der Frelimo-Machtuebernahme fuerchten, in der Frage einer schwarz-weissen Kooperation sich bislang aber indifferent verhielten. Diese Afrikaner haben sich jetzt mit den Siedlern verbuendet — vorlaeufig.

Zwischen den Lagern steht die Armee. Weisse und schwarze Soldaten zoegern, auf ihre Brueder zu schiessen. In der ersten Belastungsprobe hat sich das Militaer als unfaehig erwiesen, den friedlichen Uebergang zu sichern. An Stelle der Soldaten versuchen Polizisten die Rebellion zu unterdruecken und die Ruhe wiederherzustellen.

Nicht weniger verworren, wenn auch nicht so schlagzeilentraechtig, ist die Lage in Angola. Dort muessen drei afrikanische Befreiungsbewegungen mit drei verschiedenen *politischen* Zielsetzungen an einen Tisch gebracht werden: zwei haben sich mehr schlecht als recht geeinigt, *die dritte lehnt gemeinsame* Aktionen rundweg ab. Die Arbeit des provisorischen Kabinetts aus Schwarzen und Weissen kommt nur *im Schneckentempo voran:* Unruhen, Kaempfe und Demonstrationen erfordern immer wieder das *Eingreifen* des Militaers: *Es herrscht „Frieden"* weil die Angolaner das eigentlich zutreffende Wort „Buergerkrieg" nicht aussprechen wollen — noch nicht.

In der Zwischenzeit formieren sich die Siedler. Einen schwarzen Staat Angola werden sie nicht hinnehmen. Eine gemischtrassige Verwaltung wollen sie nur unter Bedingungen akzeptieren, die fuer die Afrikaner unannehmbar sind. Offenbar streben sie eine Loesung a la Rhodesien an. Die Chancen dafuer stehen nicht einmal schlecht, weil die schwarzafrikanischen *Nachbarstaaten sich nicht auf* eine gemeinsame Strategie gegenueber der erz- und oelreichen Kolonie einigen koennen.

(Fortsetzung auf S. 5)

هكذا في الأصل

Frankreichs Praesident ist eifrig - hat aber noch keinen Erfolg

Es sieht nicht gut aus im Innern Frankreichs in diesen Wochen nach der grossen Sommerpause. Die Inflation mit der hohen Rate von 1,3 Prozent im Juli hat sich auch im Ferienmonat August nicht verlangsamt.

Butter- und Fleischpreise verdoppelten sich vielerorts. Der Galopp der Inflation wird auch durch die Aufrufe des Finanzministers Fourcade zu Preissenkungen um *fünf Prozent* kaum in einen „Arbeitstrab" reduziert werden können, obwohl ein wahrer Sturzbach von Appellen zur Kauflustbeherrschung im Fernsehen über die Franzosen hereinbricht.

Parteien und Gewerkschaften warnen täglich vor den verheerenden Folgen dieses Erzübels der Nation, das indes noch nie jemand an der *Wurzel* anzupacken wagte, weil jede Rezession in Frankreich gleichzusetzen ist mit Generalstreik und Revolte. Auch Präsident Giscard wird dies nicht können.

Blick über die Grenzen

MENGE VON KONKURSEN

Was aus der Masse der aufgebrachten Bauern hervorbrechen wird, wenn die Minister in Brüssel nicht zu Einmütigkeit über substantielle Preiserhöhungen kommen, ist noch gar nicht abzusehen. Inzwischen schlagen sich die Einzelhändler und die Vertreter der grossen Kettenläden die Köpfe ein, weil die letzteren die ersteren angeblich ruinieren. Viele kleine und mittlere Betriebe sind durch die für *französische Verhältnisse* immerhin recht energischen Kreditbremsen der Staatsbank **in den Strudel der Konkurse geraten. Das Tragische für den Präsidenten nach hundert Tagen Regentschaft ist**, dass ausgerechnet die *Schichten des Landes*, die ihm zu seinem knappen Wahlsieg über Mitterand verhalfen, heute in einer zwar verwirrenden, aber **immerhin entschlossenen Front gegen ihn stehen.** So spottete die Linke bereits: „Wenn Mitterand gewonnen hätte, würde alle Welt heute schreien: wir hätten das Land an den Rand des Abgrunds gebracht."

Der Präsident hat diese Entwicklung möglicherweise nicht vorausgesehen. In wirtschaftlichen und währungspolitischen Prognosen hatte er schon als Finanzminister nicht immer eine glückliche Hand. Ob er neben seinem scharfen analytischen Intellekt den nötigen Spürsinn für die komplizierten Vorzeichen innen- und sozialpolitischer *Erdbeben* hat, wird sich noch zeigen müssen. Giscard hat sein Mandat mit einer Welle von Reformen, wie der Herabsetzung des Wahl- und Grossjährigkeitsalters auf 18 Jahre, der Liberalisierung von Scheidung und Abtreibung, der Oeffnung der Kasernen, der Einführung eines Staatssekretariats für Frauenfragen, begonnen. Reformen, die die Franzosen mehr überraschten und amüsierten als wirklich von seinen staatsmännischen Fähigkeiten überzeugten.

Es entstand der Eindruck, als wolle er mit dem stetig angekündigten „Wandel" die wahren Schwierigkeiten überspielen. Seine letzte Initiative, den wöchentlichen Ministerrat nicht in Paris, sondern einmal in Lyon abzuhalten — in der durchaus vertretbaren Absicht, den Franzosen die Probleme der Dezentralisierung ihres überzentralisierten Staatsapprates näherzubringen —, stiess beim Publikum nicht auf grossen Beifall. Selbst im konservativen „Figaro" warnt Xavier Marchetti, der letzte Pressechef im Elysee-Palais unter Pompidou, den neuen Hausherrn, dass man „aufhöre, zu interessieren, wenn man nicht mehr erstaunen könne", und dass die wahren Probleme des Landes woanders lägen.

Giscards europapolitische Initiativen, Kernstück seiner Aussenpolitik, haben noch kein allzu ermutigendes Echo in in der Oeffentlichkeit ausgelöst. Der atlantische und europäische Kurs seiner „neuen" Aussenpolitik brachte den linken Flügel der Gaullisten unter dem früheren Aussenminister Jobert dazu, sich Gedanken über eine Abwanderung nach *links*, unter die Fittiche des auf seine Chance wartenden Mitterand, zu machen.

Da auch der Rest der Gaullisten seinen Argwohn gegenüber dem zweiten Erben des Generals nicht ganz abgelegt hat, bleibt die Regierungsplattform des Präsidenten zerbrechlich. Gewiss kann man Giscard eine gewisse kämpferische Haltung nach seinen ersten 100 Tagen nicht absprechen. Aber den Durchbruch in die Vertrauszone, wo das Licht klar und das Meer ruhig ist, hat er noch nicht gefunden.

Indien hat Atombomben – aber kein Trinkwass[er]

Indiens Regierungschefin Indira Gandhi sorgt für Atombomben-Explosionen und erfolgreiche Verhandlungen mit russischen Diplomaten. Zugleich steht ihr Land vor einer neuen Hungersnot (wegen schlechter Ernte) und hat auch kein Trinkwasser.

Nach offiziellen Schätzungen kann *mindestens ein Drittel der* indischen Bevölkerung ihren täglichen Wasserbedarf nicht regelmässig decken. *Wie viele sich mit* qualitativ ungenügendem Wasser begnügen müssen, ist unbekannt. Nur sieben Prozent des Abwassers wird in Leitungen oder Kanälen weggeführt. Erst drei Prozent der 550.000 Dörfer sind mit Wasserleitungen erschlossen. Vier Fünftel aller Siedlu[ngen] sind mit als „altertümlich" [be]*zeichneten Wasseranlagen* [verse]hen.

Im angelaufenen Fünfjahr[esplan] wird nun versprochen, [neun] Zehntel aller Dörfer von [ihren] Wassersorgen zu befreie[n, ein] wahrlich grossartiges Unter[fangen]. Während der Staat aber für eine Summe von 5,8 Mil[liar]den Rupien (rund 2,3 Millia[rden] Franken) vorsieht, berechn[et] eine von der Regierung ei[nge]setzte Kommission die finanz[iel]len Aufwendungen für eine [ein]*fache Wasserversorgung* — [oh]ne jede Kanalisation — **auf mindestens 18 Milliarden Rupien.**

Ein Fünftel aller Siedlun[gen] liegt über drei Kilometer [von] Wasseranlagen entfernt. **Oft nützen Mensch und Tier die**[sel]**ben Flüsse, Brunnen und T**[üm]**pel als Wasch- und Trinkstä**[tten].

Ein grosser Teil der staa[tli]chen Ausgaben wird vorerst [den] ärmsten der 25.000 cholera[ge]fährdeten Dörfer Bihars zukom[]men müssen. Auch Assam wa[rtet] auf Hilfe; denn das Wasser [ist] dort infolge zu hohen Eisen[ge]halts oft ungeniessbar. In [Ra]jasthan müssen vier Fünftel [der] Bevölkerung mit qualitativ [un]genügendem Wasser Vorlieb [neh]men. Nur 340 der 19.000 u[n]erschlossenen Dörfer Tamil [Na]dus in Südindien erhalten [in] den kommenden fünf Jahren [ei]ne gesicherte Wasserversorgu[ng].

In den Städten scheint [eine] **wirkungsvolle Sanierung der** [be]**stehenden Wasser- und Abw**[as]***seranlagen beinahe hoffnungs***[los], **denn es würde dafür heute** [die] **Summe von 192 Milliarden** [Ru]**pien benötigt.** 1972 betrug [die] den Städten verfügbare Was[ser]menge nur die Hälfte des [„tat]sächlichen" Bedarfs.

BUNTE WELT

SCHATZ IN POLEN ENTDECKT

Eine Tonvase mit mehr als 3 000 Geldstücken aus dem 17. Jahrhundert haben zwei Bäuerinnen in der Gegend von Lezajsk in Südostpolen entdeckt, wie die polnische Nachrichtenagentur PAP berichtete. Die Münzen in *polnischer*, preussischer und schwedischer Währung stammen aus der Zeit des polnischen Königs Korybut Wisnowecki, der von 1640 bis 1673 regierte. Experten nehmen an, dass der Schatz während der türkischen Invasion Südpolens in jener Zeit vergraben worden ist.

SÄUBERLICHER GAUNER

Eine ausgiebige Haarbehandlung liess sich ein Einbrecher selbst angedeihen, der nächtlicherweise in einen Frankfurter Friseursalon eingestiegen war. Wie die Polizei meldete, wusch er sich die Haare, setzte sich unter eine Trockenhaube und nahm schliesslich noch 300 Mark aus der Kasse, ehe er frisch frisiert verschwand.

IM NORDEN MEHR MARMELADENESSER

In Norddeutschland wird doppelt soviel Marmelade gekauft wie in Bayern und Baden-Württemberg. Das geht aus einer Untersuchung der Forschungsgemeinschaft für Marketing hervor, die in Nürnberg veröffentlicht wurde. Gleichzeitig registrierte die Forschungsgemeinschaft mit Beginn der Erntezeit von Stein- und Beerenobst ein Saisontief bei Gelees und Konfitüren. Die Bundesbürger kauften rund 20 Prozent weniger süssen Brotaufstrich als im Monatsschnitt des ersten Halbjahres 1974.

URLAUBER SPRENGT SPIELBANK

Einem deutschen Urlauber ist gelungen, wovon andere nur träumen: er sprengte die Bank des Spielkasinos von Baden bei Wien und zog mit mehr als einer Million Schilling von dannen. Obwohl der Umrechnungskurs die Million des deutschen Urlaubers auf runde 140 000 Mark schrumpfen lässt, war es doch der höchste Gewinn, der jemals in Baden erzielt wurde. Der Name des Gastes — es handelt sich um einen älteren Herrn, der drei- bis viermal im Jahr nach Baden zu einem Spielchen kommt — blieb geheim. Der Gast aus der Bundesrepublik hat den Bankhaltern angedroht, dass er wiederkommen werde, um sein Glück nochmals zu versuchen.

BALD BERUFSZENTRUM FÜR BLINDE

Das erste grössere Berufsförderungszentrum in der Bundesrepublik für erwachsene Blinde und stark Sehbehinderte soll voraussichtlich bis 1977 für rund 30 Millionen Mark in Düren errichtet werden. Wie der Landschaftsverband Rheinland (Köln), der neben Land, Bund und den Rentenversicherungsanstalten finanziell an diesem Dürener Modell beteiligt ist, mitteilte, sollen vor allem Spä*terblindete in einer halbjährigen* Grundausbildung mit allen Blindentechniken vertraut gemacht werden. Darauf aufbauend bietet das Zentrum, dem ein Wohnheim angeschlossen ist, in zweijährigen Kursen die Ausbildung zum Telephonisten. Nach weiteren zwölf Monaten können die Blinden dann beispielsweise Fernschreiber oder Phonotypist werden. In Sechsmonatskursen sollen sich Blinde ausserdem zur Ausbildung an einer Massageschule qualifizieren.

90-JÄHRIGER AUF ABWEGEN

Seit 42 Jahren waren Albert Kubiniec, 90 Jahre alt, und seine Ehefrau Louise, 82 Jahre, aus Chikago glücklich verheiratet. Aber nun zog Unfrieden bei dem Paar ein. Der Grund: Albert war auf Abwege geraten!

Zuerst schien die Sache harmlos, als Alberts häufig Besuche bei der 81jährigen Mary Reiser machte, deren Mann kurz zuvor verstorben war. Frau Louise nahm an, dass Albert der Witwe „in allen Ehren über ihre Einsamkeit" hinweghelfen wollte.

Aber als er schliesslich zu seiner alljährlichen Reise zum Verjüngungsbad Hot Springs in Arkansas aufbrach und Mary mitnahm, wurde es Louise zu viel. Sie verklagte ihre Nebenbuhlerin auf 250 000 Dollar Schadenersatz wegen „Entzug von Zuneigung", zugefügter seelischer Leiden und der daraus entstandenen medizinischen Kosten.

Johannes Mario Simmel

UND JIMMY GING ZUM REGENBOGEN

ROMAN

157.

„Frau Steinfeld? Ach so. Sie meinen, weil Flemming ja doch erklärt hatte, schweigen und ihr helfen zu wollen, wenn sie nach dem Krieg tüchtig zu seinen Gunsten aussagte?"

„Ja."

„Nun, Frau Steinfeld teilte ich genau das mit. Und dass Flemmings Chauffeur sich vergiftet hätte. *Mit einer Zyankalikapsel.*"

„Warum taten Sie das? Ich nehme doch an, die Sache wurde geheimgehalten."

„Natürlich wurde sie das. Derartige Dinge schwieg man tot. Ich sagte es Frau Steinfeld, weil sie immer noch solche Angst hatte, dass ich beobachtet würde. Da meinte Flemming, es sei das beste, ihr zu erzählen, dass *Carlson* dieser Mann gewesen war. *Sie* vertraute von da an ganz mir und dem, was Flemming sagte."

„W-s sagte er denn?"

„Zunächst gab er nur Ratschläge — ich berichtete ihm dauernd alles, was sich zutrug. Aber wirklich aktiv wurde er erst, nachdem Frau Steinfeld mir berichtet hatte, die Blutgruppenuntersuchung sei negativ ausgegangen. Martin Landau könne nicht der Vater sein. Das erzählte ich Flemming sofort, hier, in diesem Raum. Ein schöner Sommerabend war das, es blieb lange hell..."

34

Schweigend hatte Flemming Noras Worten über die unglückliche Wendung des Prozesses gelauscht. Er rauchte Pfeife. Lange sass er nachdenklich da; dann trat er an ein Fenster und blickte in die Dämmerung hinaus. Nora wartete geduldig.

„Ich sehe nur nur einen Weg", sagte er, „der vielleicht — vielleicht — Erfolg haben könnte."

„Ja?"

„Kein leichter Weg. Auch kein sicherer. Man braucht gute Nerven, um ihn zu gehen. Die Nerven von Frau Steinfeld sind schon reichlich strapaziert, wie?"

„Reichlich. Aber um den Jungen zu retten, hält sie jede Belastung aus! Nun sag mir, was du dir überlegt hast. Woran denkst du?"

„An einen Toten", antwortete Flemming.

„Woran?"

„Der Vater muss tot sein."

„Ich verstehe nicht..."

„Der angebliche Vater dieses Jungen", sagte er leise und geduldig. „Frau Steinfeld wird hoffentlich einen Mann gekannt haben — gut gekannt, etwa wie Landau —, der schon gestorben ist. Einen Arier. Die Zeugen müssten ihn noch alle gekannt haben — ... ich meine: Leute, die bereit sind, vor Gericht so auszusagen wie die ersten Zeugen..." Er sah den Rauchwolken nach. Agenten brachten ihm aus dem neutralen Ausland englischen Pfeifentabak.

„Ein toter Vater", sagte Nora atemlos. „Du bist grossartig. Das ist die Lösung! Einen toten Mann kann man nicht mehr anthropologisch untersuchen! Von einem toten Mann kann man keine Blutgruppenuntersuchung mehr machen!"

„Ich weiss allerdings nicht, ob das Gericht ebenso begeistert sein wird wie du."

„Ich will Frau Steinfeld sofort anrufen! Morgen gehe ich zu ihr in die Buchhandlung!"

„Ich weiss nicht einmal, ob Frau Steinfeld so begeistert sein wird, Liebling", sagte Flemming. „Sie und ihre Freunde und Bekannten. Ob die mitmachen. Ob es überhaupt jemanden gibt, der in Frage kommt, *einen passenden Toten.* Und was Herr Landau sagt..."

„Den wird sie herumkriegen!" Nora suchte schon in einem Telefonbuch Valeries Anschlussnummer in der Gentzgasse. „Diese Frau kriegt alle noch einmal herum! Das ist es! B 32456." Sie begann zu wählen...

Martin Landau hatte eine Nacht zuvor, von schrecklichen Träumen gequält, laut im Schlaf geschrien, die Wahrheit über das negative Ergebnis der Blutgruppenuntersuchung herausgestammelt. Tilly, erschrocken herbeigeeilt, hatte alles vernommen und den Bruder geweckt. Er war zusammengebrochen. Weinend gab er der Schwester zu, was dieser nie zweifelhaft erschienen war — nämlich, dass ihn keinesfalls intime Beziehungen mit Valerie verbunden hatten. Seine Worte waren von einer schweigsamen Tilly gehört worden. Nun wusste also auch sie Bescheid...

„Wieso bin ich dann entlastet?" fragte Martin Landau jetzt.

„Herrgott! Schliesslich kann Valerie *ihren* Mann ja mit noch einem Mann betrogen haben, nicht nur mit dir!" Tilly benahm sich, als sei ihr die neue Entwicklung hochwillkommen. Erleichtert dachte sie jetzt: Ich habe geglaubt, Valerie will uns noch tiefer hineinreissen in diesen Irrsinn, jetzt, wo es schiefgegangen ist — besonders Martin. Aber nein, sie hat ja einen Vorschlag, der die Sache von uns wegzieht!

„Dann wären wir ja alle wieder zusammen", sagte Tilly. „Was meint der Doktor Forster dazu?"

„Der hat sich aus angehört, ohne eine Miene zu verziehen. Er muss doch so tun, als ob er mir all[es] glaubt. Aber er ist einverstanden, das hat er mir [zu] verstehen gegeben, indirekt. Und dann ist ja au[ch] noch das anthropologische Gutachten gekommen."

„Was?" rief Landau. „Wann ist es eingetroffen?" Alle sahen Valerie an.

„Heute. Bei ihm."

„Und? Und?" rief die Agnes.

„Vier Seiten, aus denen selbst Forster nicht schla[u] wird", sagte Valerie. „*Aber dann, bei der Zusam*menfassung, da steht es schwarz auf weiss!" Si[e] holte einen Zettel hervor. „Ich habe es wörtlic[h] abgeschrieben." Sie las: „‚Das rassische Erscheinungsbild des Klägers' — also das ist der Heinz — ‚lässt keinerlei Merkmale erkennen, aus denen auf ein[e] jüdische Abstammung geschlossen werden könne, obwohl' — obwohl, hört euch das an! — ‚obwoh[l] der gesetzliche Vater des Klägers auf den vorgelegten Fotografien jüdische Züge in besonders reichem Masse zeigt!'"

Ein Schweigen folgte.

„Es *ist zum Verrücktwerden! Ein* erstklassige[s] Gutachten! Sieht aus wie ein reiner Arier, de[r] Heinz! Wir wären durch, wir hätten de[n] Prozess gewonnen, wenn nur nicht diese gottverfluchte Blutgruppenbestimmung gewesen wäre."

„Gegen die können wir nichts tun", sagte Valerie. „Aber das Gericht muss anerkennen, was da[s] anthropologische Gutachten sagt. Waren schliesslic[h] SS-Aerzte, die es gemacht haben! Das erleichter[t] alles ungemein, wenn ich nun sage, ich habe mic[h] eben geirrt, und nicht Martin ist der Vater, sonder[n] Ludwig Orwin." Valerie sprach etwas langsamer, si[e] formulierte schon: „Ludwig Orwin, der bekannt[e] Bildhauer, auch ein Jugendfreund von *mir*... Sein[e] Werke stehen in vielen deutschen Museen, in Parks, vor öffentlichen Gebäuden... bekannter Künstler... ging bei uns ein und aus... Martin und er waren befreundet..."

„Ausgrechnet Ludwig Orwin. Immerhin war de[r] wirklich mein Freund", murmelte Martin Landau.

Die Agnes sagte bange: „Schrecklich wird da[s] sein für die gnä' Frau, wenn sie das dem Gerich[t] erzählen muss."

„Mir macht es nichts", sagte Valerie, ohne jemanden anzusehen.

„Ich war nie *mutig*", sagte der zierliche Mann leise. „Ich habe mich nur wahnsinnig zusammengerissen. Jetzt... jetzt komme ich mir vor wie ein Luftballon, dem die Luft ausgeht."

„Du wirst dir noch ganz anders vorkommen, wenn du jetzt nicht mitspielst und die Partei dir auf den Hals rückt mit deinem Meineid", sagte Tilly scharf.

Er zuckte zusammen.

„Ja", stotterte er, „ja, das ist wahr... Ich habe ja überhaupt keine Wahl... Ich muss weiter mitmachen..."

(Fortsetzung folgt)



Die Terroristen der «Japanischen Roten Armee»

neut starrte die Welt schreckerfüllt auf Terroristen der anischen Roten Armee". Ihr neueste Schreckenstat, der fall auf die „französische schaft in Den Haag und die lnahme dort hat wiederum mann in Erinnerung gerudass die palästinensischen oristen Gesinnungsfreunde ernen Osten haben, die annend noch skrupelloser agieund deren Taten von einem tismus geprägt sind, wie er en Palästinensern erst in den n Monaten in diesem graum Ausmass aufgekommen apans Regierung und Masedien haben in den Tagen Den Haag mehrfach die Beatung ausgesprochen, dass Weltöffentlichkeit die Fanader „Roten Armee" und die nte japanische Bevölkerung setzt. Sie befürchten nicht zu Unrecht, dass sich beim chen Bürger auf der übri-Welt wieder das Clichebild hinterlistig lächelnden Exomit dem Messer zwischen Lippen einprägt, der Undigen die Kehle durchiden will. Japan weist zu t darauf hin, dass die „Rormee" nur wenige hundert lieder umfasst und vom Staat fstens verfolgt wird.

e „Japanische Rote Armee" pon Sekigun), die derzeit national wohl brutalste und tischste Terroristengruppe, 969 entstanden. Nachdem der ntjapanische Dachverband ntischer Organisationen gakuren), der in seiner Blüt für mehr als eine Million damals 1,7 Millionen Stuenden sprach, mit seiner pagne für eine Universitätsrm gescheitert war und sich ere Niederlagen, so im pf gegen den amerikanischnischen Sicherheitsvertrag für die Rückgabe der Inselpe Okinawa, abzeichneten, rte der kommunistisch oriene Studentenverband „Minmit seinen 500 000 Mitgliearis dem Dachverband aus. Übereinstimmung mit der n politischen Linie der Komistischen Partei Japans (KPJ) ch sich Mindan gegen weitere Kampfmassnahmen und insbesondere gegen die offene Gewaltanwendung aus. Als Folge splitterten an den staatlichen Universitäten Osaka und Kyoto mehrere kleine Gruppen ultraradikaler Studenten ab. Wenngleich untereinander ideologisch völlig zerstritten, forderten sie die Fortsetzung des Kampfes, den „gewaltsamen Umsturz" und die „Weltrevolution". Eine dieser Gruppen ist die militärisch organisierte „Rote Armee", deren harter Kern auf rund vierhundert Mitglieder geschätzt wird. Als ihr Chef-Ideologe gilt der vermutlich in Japan im Untergrund lebende Osamu Takita, Professorensohn und ehemaliger Assistent an der Universität Kyoto, der im Zusammenhang mit dem Mord an einem Feldwebel der japanischen Armee gesucht wird.

Die „Roten Soldaten" machten erstmals im Oktober 1970 von sich reden, als neun Studenten plötzlich Samurai-Schwester zückten und ein Flugzeug von Tokio nach Pjongjang entführten. Die japanische Bevölkerung quittierte diesen Zwischenfall durchaus noch mit Schmunzeln. Er galt als Beweis für den „bushido", den traditionellen Kampfesmut des Samurai, der in diesen Studenten fortzuleben schien.

Der wahre Charakter der „Roten Armee" wurde erst im Frühjahr 1972 offenbar. Damals wich *die Bewunderung für die Studenten* dem Grauen. Nach einer mehrtägigen Schiesserei der Polizei mit einer Handvoll „Roter Soldaten", die sich in einer Sommervilla in den Bergen verschanzt hatten, und in deren Verlauf zwei Polizisten und ein Zuschauer den Tod fanden, entdeckte die Polizei in den schneebedeckten japanischen Alpen die verstümmelten Leichen von vierzehn Mitgliedern der „Roten Armee". Die „Zweifler, Abweichler und Feiglinge" waren von ihren eigenen Kameraden in den Schlupfwinkeln im Gebirge auf bestialische Weise ermordet worden. So mussten zwei Brüder den eigenen Bruder erdolchen, eine junge Frau eigenhändig ihren Mann hinrichten und eine hochschwangere Studentin ihr Leben wegen dieser „antirevolutionären *Verfehlung*" lassen. In einer Grossfahndung fasste die Polizei die beiden Rädelsführer, einer davon eine junge Studentin, und die Mehrheit der Bandenmitglieder. Die „Rote Armee" schien zerschlagen, die Reste der Ultras waren offenbar vollauf damit beschäftigt, sich in ihren internen, sektiererischen Auseinandersetzungen an den Universitäten umzubringen.

Aber die Polizei hatte sich getäuscht. Im Mai des gleichen Jahres überfielen drei Japaner den Flughafen von Tel Aviv und massakrierten 26 wehrlose Pilger. Nur *einer der japanischen* Terroristen überlebte den Überfall. Die Polizei hatte offensichtlich eine wichtige Entwicklung der „Roten Armee" übersehen oder ihre Tragweite nicht voll erkannt: Da die interne japanische Lage für einen Umsturz derzeit nicht geeignet sei, so hatte die „Rote Armee" bereits 1970 festgestellt, solle der Kampf für die Weltrevolution ins Ausland verlagert werden und insbesondere sich auf die Befreiung der unterdrückten Völker, allen voran der Palästinenser, konzentrieren. So waren 1971 in Japan heimlich Abgesandte der Palästinenser aufgetaucht und hatten besonders im Raum Osaka unter den Studenten Freiwillige geworben. Etwa fünfzig „Rote Soldaten" *setzten* sich, *trotz* der scharfen Überwachung der Polizei, als Touristen getarnt, in den Nahen Osten ab, wo sie *für* ihre Terroranschläge ausgebildet wurden.

Dem Lod-Massaker folgten die Sprengung eines Jumbo-Jets der „Japan Airlines" in Bengasi, eine Botschaftsbesetzung in Kuwait, die Sprengung eines Tanklagers in Singapur und, bisher noch *nicht völlig aufgeklärt, vor* wenigen Wochen der Sprengstoffanschlag in der Innenstadt Tokios, der sieben Menschenleben forderte.

Zu all diesen Terrorakten bekennt sich die japanische „Rote Armee". Als Organisator der Anschläge im Ausland gilt die hübsche 28 Jahre alte Exstudentin Fusako Shigenobu, die bereits 1971 aus Japan entwichen war und bis zum Massaker von Lod, wo ihr Mann *als Terrorist* beteiligt war und sich selbst in die Luft sprengte, als Krankenschwe*ster getarnt in Beirut lebte. Ihr* wird eine enge Freundshaft zu der bekannten arabischen Terroristin Leila Kaaled nachgesagt. Unbestätigten Meldungen zufolge soll sich Fusaku Shigenobu seit einiger Zeit in Europa aufhalten, teilweise auch in der Bundesrepublik, und kürzlich in Paris an einer Koordinierungssitzung ihrer Terroristen-Organisation teilgenommen haben. Dabei soll eine Reihe von Terroranschlägen für den kommenden Herbst geplant worden sein. Als wichtigstes Ziel sei die Kolonie japanischer Geschäftsleute und *Diplomaten* in verschiedenen deutschen Städten ins Auge gefasst worden. Durch Sprengstoff-Anschläge und Geiselnahmen sollen die Freilassung palästinensischer und japanischer Terroristen erzwungen sowie Lösegelder erpresst werden.

Über die politischen Bindungen und die Geldgeber der japa*nischen „Roten Armee" ist bis*her fast nichts bekannt. In Japan selbst werden die Aktivitäten der Extremisten von allen Parteien und der Bevölkerung scharf verurteilt. Besonders die KPJ distanziert sich von den Verbrechern, da sie zu Recht befürchtet, dass ihr eigenes Ansehen durch die Terroranschläge geschädigt werden könnte. Auch international *möchten die beiden revolutionä*ren Zentren, Peking und Pyongyang, nichts mit diesen „Roten Soldaten" zu tun haben. Der chinesische Premier Tschou Enlai hat sie mehrfach scharf verurteilt, und selbst sein nordkoreanischer Amtskollege Kim Il Sung distanzierte sich 1973 auffällig von dieser Organisation. Um Gerüchten entgegenzuwirken, dass *die nach Nordkorea geflüchteten* Studenten inzwischen in Trainingslager der arabischen Terroristen abgereist seien, liess Kim die noch immer in seinem Land lebenden neun Studenten japanischen Journalisten vorführen und berichtete von ihnen, dass sie ihre Fehler und Irrtümer inzwischen eingesehen hätten und heute gute Studenten der revolutio*nären Praxis* seien.

So scheint sich die politische *Zusammenarbeit dieser Fanatiker* bisher auf die palästinensische Untergrundorganisation PFLP unter George Habasch beschränkt zu haben, in deren Trainingslager die Japaner allem Anschein nach ausgebildet wurden — jedoch soll es hier seit Jahresbeginn Spannungen geben, so dass die „Rote Armee" heute um mehr Unabhängigkeit von der PFLP bemüht sei.

Angeblich zerstritten sich Japaner und Araber, entweder wegen des „revolutionären Dilettantismus der Japaner", wie eine Erklärung wissen will, oder weil die Japaner umgekehrt den arabischen Waffenbrüdern ihr zu geringes Interesse an der Förderung der Weltrevolution vorhielten. Als Konsequenz sperrte die PFLP ihre Trainingslager für die Japaner. Der japanische Plan, als Ersatz ein zusätzliches „Europäisches Revolutionäres Zentrum" in Paris einzurichten, scheiterte jedoch an der Verhaftung eines ihrer Kuriere auf dem Pariser Flughafen. Die von ihm mitgeführten Dokumente, Einsatzpläne und Mitgliederlisten gewährten der Polizei einen wertvollen Einblick in die Struktur und die Pläne der „Roten Armee" und liessen erkennen, dass sich inzwischen eine Reihe führender japanischer Professoren, Künstler und Lehrer, die in Europa leben, den ideologischen Zielen der „Roten Armee" verschrieben hat.

„Es gibt keine Revolution ohne einen starken Willen, der an Wahnsinn grenzt", schrieb kürzlich der konfuse Chefideologe Takita aus dem japanischen Untergrund. *Die „Rote Armee"* hat jetzt abermals bewiesen, dass es ihr hiermit ernst ist.

Amerikas Verteidigungsbuendnisse zerbroeckeln (II)

Suedostasiatischer Pakt «Seato» hat keine Bedeutung

Wie sehr sich in den letzten zwei Jahrzehnten die weltpolitische Szenerie gewandelt hat, ist *kaum in einem anderen Fall so* exemplarisch deutlich zu machen wie am Schicksal der SEATO *genannten Südostasiati*schen Verteidigungsorganisation.

Sie wurde am 8. September *1954 aus der Taufe* gehoben, als die Aussenminister der USA, Englands, Frankreichs, Australiens, Neuseelands, Pakistans, Thailands und der Philippinen in Manila einen Vertrag unterzeichneten, der die *kollektive* Verteidigung dieser Staaten gegen ein weiteres Vordringen des Kommunismus verbriefen sollte.

Die Indochinastaaten, die selber auf Grund des kurz zuvor geschlossenen Genfer Abkommens nicht Mitglieder der Paktorganisation werden konnten, wurden in einem Zusatzprotokoll zur „Schutzsphäre" der SEATO erklärt.

Tatsächlich ist die SEATO jedoch in diesem Hauptkonfliktherd Asiens nie aktiv geworden. Die USA erhielten nach ihrer *militärischen Intervention* in Vietnam von den Bündnispartner Australien, Neuseeland, den Philippinen und Thailand nur symbolischen und von Frankreich, England und Pakistan gar keinen Beistand, während das nicht dem Pakt angehörende Südkorea effektive militärische Hilfe leistete. **Im Gegensatz zur NATO gab es in der SEATO keine permanente Kommandostruktur und keine fest zugeteilten Truppen.** Die Organisation *unterhielt in Bangkok nur* eine kleine ständige Planungsgruppe, deren Aufgabe in der Durchführung *jährlicher* Manöver der verbündeten Streitkräfte bestand.

Die SEATO war ein Instrument der von dem ehemaligen amerikanischen Aussenminister John Foster Dulles konzipierten „Eindämmungspolitik", die mit Hilfe von Verteidigungsallianzen die kommunistische Expansion in Europa und Asien aufhalten sollte.

In Asien *richtete sie sich* ursprünglich in erster Linie gegen die Chinesische Volksrepublik, *in der man die treibende* Kraft hinter dem Vietnamkrieg und zahlreichen lokalen kommunistischen Aufständen sah. Inzwischen ist jedoch für die USA aus dem grossen Gegner Peking eher ein Mitspieler in den Bemühungen geworden, den sowjetischen Einfluss in Asien einzudämmen. Durch die amerikanisch-chinesische Annäherung hat die SEATO weitgehend ihren Sinn verloren, es sei denn, *man würde ihr jetzt konkrete* Verteidigungsaufgaben gegen eine weitere aggressive Politik *Nordvietnams übertragen.* Aber zur Uebernahme solcher Verpflichtungen wäre heute keiner *der Mitgliedsstaaten* mehr bereit.

Das Südostasiatische Verteidigungsbündnis *hat* von Anfang darunter gelitten, dass die Partnerstaaten **völlig unterschiedliche und oft sogar konträre Interessen verfolgten.** So akzeptierten die Pakistanis amerikanische Rüstungshilfe keineswegs zu dem erklärten Zweck, sich gegen eine mögliche Bedrohung durch die Sowjetunion und China zu schützen, sondern allein deswegen, um sich gegenüber dem nichtkommunistischen Indien behaupten zu können.

Am Ende verbündete sich Pakistan sogar mit Peking, und inzwischen ist es konsequenterweise aus der SEATO ausgetreten. Auf der anderen Seite wurden die USA immer verdächtigt, dass es *ihnen gar nicht* um den Schutz der Unabhängigkeit ihrer Bündnispartner, sondern ausschliesslich um ihre eigenen Sicherheitsinteressen gehe. Dass die asiatischen Alliierten tatsäch*lich eine untergeordnete Rolle* in der amerikanischen Rechnung spielten, bekamen sie schmerz*haft zu spüren, als sie von der* Verständigung zwischen Washington und Peking völlig überrascht wurden und sich in der peinlichen Lage befanden, nun ihrerseits als Nachzügler auf den *Befriedungskurs* einschwenken zu müssen.

Der chinesische — jetzt immobile — chinesische Regierungschef Tschu En-lai hat die SEATO wegen ihrer offenkundigen Handlungsunfähigkeit schon frühzeitig als „Papiertiger" lächerlich gemacht. Heute stellt sich als weise Voraussicht heraus, dass man als Wappen der Verteidigungsorganisation nicht ein Schwert oder eine Kanone, **sondern einen Lorbeerzweig vor dem Globus gewählt hat.**

Denn künftig soll die SEATO nur noch friedliche *Zwecke*, vorwiegend auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, erfüllen. *Dafür steht jedoch* **mit einem nur 1,7 Millionen Dollar betragenden Budget für das ganze Jahr** *sehr viel* **weniger** *Geld* **zur Verfügung, als ein einziger Tag Vietnamkrieg gekostet hat.**

(Ein abschliessender Artikel über den Cento-Pakt im Mittleren Osten folgt.)

Portugals Armee zwischen den Fronten

(Schluss von S. 3)

Lissabon zahlt jetzt die Zeche fuer den Versuch, die Kolonien auf schnellstem Wege loszuwerden. Von Anfang an war klar, *dass eine gefaehrlich starke weis*se Minderheit diesen „Verrat" nicht hinnehmen und zu den Waffen greifen wuerde. Die Lissaboner Politiker haben auch jene Weissen vor den Kopf gestossen, die zur Kooperation mit den Schwarzen bereit waren. Aber die schwarz-weisse Zusammenarbeit haette einer Iaengeren Anlaufzeit bedurft — doch einen Aufschub wollten die jungen Offiziere in Lissabon nicht gewaehren.

Die Folgen werden schon offen diskutiert: Buergerkrieg, Teilung der Kolonien, „Kongolisierung", *Soeldnerheere. Niemand* glaubt so recht, dass die Befreiungsbewegungen nach jahrelangem Krieg sich reibungslos in friedliebende Parteien verwandeln koennen. Zudem sitzen das Misstrauen zwischen Schwarz und Weiss und die Angst vor *blutigen Abrechnungen* noch viel zu tief. Es bewahrheitet sich jetzt was Portugals Praesident Spinola noch im Jubelmonat Mai einem deutschen Journalisten sagte: „Wer 13 Jahre Krieg gefuehrt hat, sollte auch 13 Monate an den Frieden setzen."

RADIO und FERNSEHEN

DIENSTAG, 24.9.

hrichten: jede Stunde.

Programm A:

10 Musikalische Leckerbis- — Bagatelle von Dvorak, inettenquintett von Brahms; Eine Stunde mit dem Gei- David Oistrach — Werke Mozart, Brahms und Chaus- : 10.05 „Spiele" aus der ereihe: „Musik mit einem heln" (*Adi Helpern*); *11.00* kstümliches Hebräisch; 11.15 12.15 Programm für Schu- *11.35* und *12.05 Lied und* nson; 12.35 Chöre-Prätorius: sang der drei Knaben", Dint Awner Itai; 13.05 Mitkonzert — Bach: Brandengisches Konzert Nr. 1; Ra- Sonatine; Britten: „Jemini"-iationen; 14.10 Für Mutter Kind; 14.35 „Lebendes sel" — mit Schmuel Rosen; 15 Radiowissen — Einfühg in die Astrophysik; 15.30 ratur der Fragen und Antten; 15.50 Wöchentliche Zumenfassung der täglichen chna-Abschnitte; 16.10 Eine nute Hebräisch; 16.11 Mu- *für die Jugend* — „Die Mu- und ich" (Ada Brodski); 0 Jazzklänge; 17.50 „Enig- " — musikalisches Programm hlomo Hed); 18.05 „Hier pe Ramon"; 18.55 Für den dwirt; 19.25 Leichte klassi- Musik; 19.50 Rezitation der Bibel; 20.05 Botschaft Oberrabbiners Ovadia Josef n Versöhnungstag; 20.15 ditionelle Weisen (Abraham ron); 20.30 Stereo-Konzert Jerusalemer Symphonieorsters zur Eröffnung der Sai- 1974/75, Dirigent Lukas a, *mit Miriam* Fried (Vio-), Jessy Levin (aus Ameri- — Viola) — „Alt gegenüber Zwi Awni: Gedanken über ein Drama; Bach: Violinkonzert (in der Pause: Dr. Siev über das heutige Konzert und „Enigma", Auflösung — Schlomo Hed); Monteverdi; Musik aus „Orpheus" für Blasinstrumente und Streicher; Lukas Foss: „Orpheus", Violakonzert (Erstaufführung in Israel); 23.05 Kampfbericht (Wiederholung); 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine *Minute Hebräisch;* 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.10 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau; *12.05 Im Arbeits*rhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 Neue Schallplatten; 15.05 Orientalische Weisen — Wunschprogramm; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 und 16.35 Ausländische Chansons in Hebräisch; 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen, mit Schmuel Rosen; 17.10 Humoristisches Programm; 18.05 Lieder um ein Thema; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 „Frei sein" (Wiederholung); 22.05 „Direkte Verbindung" — die *Mannschaft* zu Ihrer Verfügung; 23.05 und 00.10 „Ich bin Dein und Du bist mein".

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Melodie und Gesang.

Militärsender:

Nachrichten jede Stunde; 6.05 und 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 und 10.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Stimmen aus dem Kriege; (auch 10.55) 11.55, 12.55 und 13.55 *Mitteilungen für Soldaten;* 14.05 und 15.05 „Bis vier" (Gila Almagor); 16.05 Rufen Sie bitte an — mit *Danny Bloch; 17.40* Chansons für jedermann; 18.05 Sonderinterview mit dem Stabschef Raw-Aluf Mordechai Gur; 19.05 Fallschirmjäger in der „chinesischen Farm"; 20.05 Persönliche Erfahrung — mit Sgan-Aluf Avigdor (Wiederholung); 21.05 Der dritte Mann — Auszüge aus Programmen aus dem Kriege; 22.05 Leben des Menschen — Leben und Tod von Aluf Abraham (Albert) Mandler; In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

*8.15 Beratung und Richtung*gebung; 9.05 Rechnen; 9.25, 10.00, 10.20, 11.00 und 12.20 *Englisch (ebenso 16.00); 12.40* Technologie; 16.20 Film über die Erziehung von Naturseide; *17.05 Die Lehre von der Elek*trizität.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; *17.32* Informationsfilm; 17.42 Naturfilm; 18.10 „Ich habe freie Zeit": „Die Traumhütte"; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 Erbgut — Versöhnungstag; 20.30 Mabat und „Brennpunkt"; 21.25 Macmillan und seine Frau — „Der Selbstmord"; 22.35 Tagesabschnitt, Nachrichten.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Dienstag, nachts bis 23.00 Uhr: Kikar Hamedina, Tel. 258046; King George 72, Tel. 286740.

Ramat Gan und Umgebung: Modiin 130, Tel. 722954.

Bne Brak: wie Ramat Gan.

Pet. Tikwa: Chowewe Zion 49.

Herzlia und Umgebung: Herzlia Pituach.

Bat Jam: Hanewiim 3.

Cholon: Trumpeldor 4.

Ramla—Lod: Ramla. Jabo-

Beer Schewa: KKL 108.

Haifa bis 21.00 Uhr: Azmaut 59, Tel. 528855. Uhr: MDA, Tel. 512233, Kirjat Elieser.

Jerusalem 19.00—22.00 Uhr: King George 21, Tel. 224972; Chan Alasi 1, Tel. 282040.

ÄRZTENACHTDIENST

TEL-AVIV

Dr. Har Even, Epsteinstr. 6, Tel. 44328.

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T-A, Tel. 614333 oder 101 • • 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi": Arad: MDA, Tel. 057-97222. — Aschdod: MDA, Tel. 22222. — Bat Jam: MDA, Tel. 863333. — Cholon: MDA, Tel. 843132. — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan, Hagilgalstr. 42, 781111. — Herzlia: MDA, Tel. 981333. — Haifa: MDA, Tel. 101. — Jerusalem: MDA, Tel. 101. — Kirjat Ono: MDA, Tel. 781111/2; — Natania: MDA, Tel. 23333. — Petach Tikwa: MDA, Telefon 912333. — Rischon Lezion: MDA, Tel. 942333. — Tel-Aviv: MDA Tel. 101. — Zfat MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit **Tel-Aviv-Jaffo:** MDA, Mazestr. 13, Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens, Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachaschmonaim 4, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf", Tel-Aviv, Tel. 101, Gusch Dan, Tel 781111; Bat Jam, Tel. 863333; Cholon, Tel. 843133; Haifa, allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

KINOPROGRAMM

TEL AVIV

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Love me Johnny
CINEMA ONE: Sleeper
CINERAMA: Charly and a Half
CHEN: Paper-Moon
DRIVE IN: 7.15 Sandalous John: 9.45 Red Sky in the Morning
DEKEL: Blazing Saddles
ESTHER: The Dragon
GAT: Avanti
GORDON: England Made Me
HOD: Lepke
LIMOR: Cabaret
MAXIM: The Body
MOGRABI: Three the Hard Way
OPHIR: Un amore cosi fragile cosi violento
ORDAN: A Touch of Class
ORLY: Don't Peek Under my Skirt, I am a Man
PARIS: Desperate Character
PEER: The Marseille Contract
TCHELET: La planete sauvage
STUDIO: La grande Bouffe
TEL-AVIV: *Lady Ice*
ZAFON: Deux Hommes dans la Ville

RAMAT GAN

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 (8. Woche) Serpico; 4.00 Uhr: „The Mistery of Thug-Island", (2. Woche);

JERUSALEM

ARNON: The Son of the Wolves
CHEN: Show Down
EDEN: Lepke
EDISON: Cile
MITCHELL: Charlie and a Half
ORION: Venial Sin
ORNA: Les Granges Brulees
HABIRAH: The Wedding Night of Dr. Danieli
JERUSALEM: Fritz the Cat
ORGIL: Desirable Josephine
SEMADAR: The Sting
RON: Billy Two Hats

HAIFA

AMPHITHEATRE: Three Bastards and Seven Sinners
ARMON: Mr. Hercules Against Karate
ATZMON: Marriage Jewish Style
CHEN: The Sting
MIRON: Amorous Head Master
MORIAH: Bob and Caroll *and Ted and Alice*
ORAH: Lepke
ORDAN: Mayerling
ORION: Sex Obsessed
ORLY: Bananas
PEER: Charlie and a Half
RON: La Grande Bouffe
SHAVIT: The Outside Man

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

חוסיין מתקומם

המלך חוסיין התקומם כנגד החלטת המדינות הערביות אשר דרשו להקנות את זכות הנציגות לפלשתינאים לאש"ף בלבד. מדינת חוסיין אפילו לא רוצה להשתתף בכל הדיונים הבינלאומיים על ענין פלשתין ומצפה להחלטה חדשה על הענין בוועידת הפסגה הערבית בראבט.

החלטת חוסיין מראה שאין אחדות במחנה הערבים ושאין שותף רציני למשא ומתן עם ישראל. מדינאי חוץ לא רצו להאמין לטענות ישראל שאינו קיים פרטנר בצד הערבי, אולי יבינו אחרי פרוץ הסכסוך הזה, עד כמה זה קשה לנהל משא ומתן עם הערבים ולהתקרב להם.

שר החוץ המצרי פהמי שיבח לפני זמן קצר את „כשרונותיו" של העם הפלשתינאי, אבל נדמה לנו שמנהיגי העם הזה יודעים רק לפרסם במחנה שלהם ולזרוק פצצות אם המדובר על יהודים. על ישראל להראות את המנהיגים האלה באור הנכון ולהוכיח לעולם שהם שרויים באשליות בנוגע לפלשתינאים. אם המלך חוסיין לא יכנע תהיה ועידת פסגה של הערבים לא לביטוי של אחדות, אלא של סכסוכים ושערוריות, וודאי שהעולם ילמד לקח מזה.

י.א.פ.

HUSSEIN LEHNT SICH AUF

Die Regierung Jordaniens hat auf den Beschluss der Dreierkonferenz von Kairo, die der PLO das Alleinvertretungsrecht für die Palästinenser verleihen wollte, mit aller Schärfe reagiert. Jordanien will sich nicht an der Genfer Konferenz und an keiner Nahostdebatte beteiligen, bis nicht die geplante Spitzenkonferenz der Araber in Rabat Stellung genommen hat.

Auf dieser Tagung wird es allem Anschein nach zu einem Frontalzusammenstoss zwischen Hussein und den Palästinensern kommen, und wenn Jordanien nicht nachgeben wird, kann diese Tagung mit Skandalen enden, statt Fanal der Einheit für die Araber zu werden.

Die Beschlüsse der Konferenz von Kairo und ihre Folgen enthalten einige wichtige Lehren:

1. Sadat schwankt dauernd zwischen Hussein und den Palästinensern hin und her. Zuerst war er den Wünschen des jordanischen Königs entgegengekommen, jetzt hat er sich wieder auf die Seite der PLO gestellt. Von einer konsequenten Haltung in der ägyptischen Politik kann keine Rede sein.

2. Der ägyptische Aussenminister Fahmi hatte in einem Interview von den „wunderbaren Fähigkeiten" des Volkes der Palästinenser gesprochen. Die letzten Erfahrungen zeigen, dass die Fähigkeiten der Führer dieses Volkes im arabischen Lager selbst darin bestehen, Uneinigkeit zu erzeugen und Skandale hervorzurufen und dass Leistung nach aussen sich in der Organisation von Terrorakten und Bombenattentaten äussert.

Mit Führern, die mit derartigen „Fähigkeiten" ausgestattet sind, ist sehr schwer zu verhandeln. Vielleicht werden die wohlmeinenden West-Politiker, die Israel immer der Hartnäckigkeit bezichtigen, jetzt verstehen, dass es für uns keinen Verhandlungspartner im Nahen Osten gibt. Husseins Verhandlungslegitimation wird von den radikalen Palästinensern bestritten, und er selbst hatte Angst, sich auf eine Einigung mit Israel einzulassen. Die radikalen Palästinenser sind zwar Bombenleger und Demonstranten, aber keine Verhandlungspartner und kommen für uns als realer Faktor nicht in Betracht. Die „Washington Post" freut sich darüber, dass eine Delegation der Palästinenser nach New York kommen will, um dort „Politik statt Terror" zu betreiben, und das Blatt fragt die Mitglieder dieser Delegation, ob sie sich nun zu politischen Mitteln bekennen wollen. Der Artikel der „Washington Post" zeugt nur von der Naivität der Journalisten, die in der amerikanischen Hauptstadt sitzen. Während Faruk Kadoumi oder andere Vertreter der „zweiten Reihe" der PLO mit Worten zu debattieren versuchen, werden Arafat, Habasch und Havatme weiter Bomben werfen lassen und Entführungs- und Geiselkommandos ausschicken. Die erwartete Trennung zwischen Politik und Terror besteht bei den radikalen Palästinensern nicht.

Wir haben die schwache Hoffnung, dass nach dem Schritt des Königs Hussein auch die grosse Welt verstehen wird, dass es hier keinen ernsthaften Verhandlungspartner für Israel gibt und dass alle Redensarten über den „palästinensischen Staat" Unsinn sind. Wenn auch dieses Mal die Welt vor den PLO-Leuten zurückzucken wird, so wird Israel die Dinge selbst in die Hand zu nehmen haben und gegen die PLO samt ihrer „politischen Vertretung" mit allen Mitteln vorgehen müssen.

J.E.P.

Heute Jahrestag des Kriegsausbruchs

Der Generalstabschef verlieh gestern das Erinnerungsband der Kriegsteilnehmer an die Verwundeten des Jom Kippur-Krieges, die sich noch in ärztlicher Behandlung befinden.

Heute wird das Erinnerungsband an alle Kriegsteilnehmer verteilt, die derzeit im regulären oder Reservisten-Dienst stehen. Die bereits demobilisierten Soldaten und die derzeit nicht im Militärdienst stehenden Reservisten erhalten das Erinnerungsband bei ihrer nächsten *Einberufung.*

Der Generalstabschef erliess zum Jahrestag des Kriegsausbruchs einen Tagesbefehl, dessen voller Wortlaut auf Seite 2 wiedergegeben ist.

Neue Kompromissvorschläge für RNP-Regierungsbeitritt

Nach der ablehnenden Haltung des Mapam-Flügels und dem fortdauernden Widerstand der Unabhängigen Liberalen und der Bürgerrechts-Liste gegenüber einer Kompromisslösung in der Frage der Uebertritte zum Judentum scheint ein Beitritt der Religiös-Nationalen zur Regierungskoalition erneut in Frage *zu stehen.*

Zwei weitere Kompromissvorschläge, die inzwischen vorgelegt wurden, lauten: Ein besonderes Rabbinatsgericht, dem Vertreter aller religiösen Strömungen angehören, soll Aufnahmen in das Judentum vornehmen — oder aber das Oberste Gericht soll verfügen, dass die Nationalitätsbezeichnung in den Identitätskarten entweder ganz wegfällt oder neu formuliert werden soll.

Die RNP hält sich an den bisherigen Vorschlag, der von einem Verzicht der Registrierung von Uebertritten ausserhalb Israels für die Dauer eines Jahres spricht, gebunden und hat bereits die Zustimmung ihrer Parteizentrale zu einem Koalitionsbeitritt *unter dieser Bedingung erhalten,* die sich nicht durch einen anderen Kompromissvorschlag auswechseln kann. Zudem dürften die Oberrabbiner heftigen Einspruch gegen die Annahme jedes der beiden neuen Kompromissvorschläge einlegen und einen Verzicht der RNP auf den beabsichtigten Regierungsbeitritt erzwingen.

Meir Sarmi, der Generalsekretär der Arbeitspartei, erklärte vor Journalisten der Maarach-Presse, *dass die Mehrheit der* IAP eine Erweiterung der Koalition wünscht, jedoch keinesfalls auf Rechnung irgendeines anderen, nicht einmal der Bürgerrechts-Liste, weil die Arbeitspartei alle parlamentarischen Kräfte einschliesslich der RNP an den gemeinsamen Anstrengungen beteiligen will.

Für die Arbeitspartei seien vor allem sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Erwägungen ausschlaggebend, fügte M. Sarmi *hinzu. Eine Regierung auf breiterer* Basis ist auf jeden Fall aussenpolitisch stärker und innenpolitisch geschlossener. Dies müsse allerdings nicht zu einer „*Falken-Regierung*" führen, fügte er in Beantwortung einer Frage hinzu, sondern auch dieser Regierung stünde es völlig frei zu entscheiden, auf welchem Wege der Friede im Nahen Osten erreicht werden kann.

Die Einstellung der Uebertritts-Registrierungen soll nach *der Auffassung des Kompromissvorschlags* durch die Arbeitspartei keinerlei religiöse Strömungen benachteiligen, keiner soll ungerechte Behandlung widerfahren. Zudem seien noch zwei weitere Punkte zu bedenken, erklärte Sarmi: Zunächst ist nur von einer zeitweiligen Nichtregistrierung die Rede und es kann durchaus möglich sein, dass schon nach kurzer Zeit eine Lösung des Uebertrittsproblems mit Zustimmung aller beteiligten Strömungen gefunden wird. Ausserdem kann bei einer solchen Regelung nur das Judentum in den USA von einer Benachteiligung sprechen, denn nur dort gibt es Rabbinatsgerichte der verschiedenen religiösen Strömungen; es ist aber eine Tatsache, dass derzeit nur sehr wenige Neueinwanderer aus den USA nach Israel kommen, von denen wiederum nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz vor *irgendeinem Rabbinatsgericht* zum Judentum übergetreten ist. Die derzeit grösste Einwanderergruppe, die Juden aus der Sowjetunion, werden *dieser Kompromissregelung* ... haupt nicht betroffen, denn ... gibt es kaum Rabbinatsgericht... gewiss aber keine solchen ... Reformjudentums oder der Konservativen, die in das Juden... aufnehmen.

Generalsekretär M. Sarmi ... nochmals der Hoffnung A... druck, dass die übrigen Mitglie... der der derzeitigen Regierungskoalition für diese Argumenta... tion Verständnis zeigen und ... Regierungsbeitritt der RNP ... *der Grundlage des Kompromissvorschlags* zustimmen und ... gleich in der Koalition verblei... ben werden.

Taxichauffeure fuehlen sich benachteiligt und streikten sechs Stunden lang

Die israelischen Taxichauffeure stellten gestern sechs Stunden lang, von 9 bis 15 Uhr, ihre Dienste ein und beriefen eine Notstandssitzung in den „Bauten der Nation" von Jerusalem ein. Während dieser Stunden sorgten besondere Streikposten dafür, dass kein Taxi Fahrgäste beförderte.

Mit dieser Streikaktion wollten die Taxichauffeure gegen ihre „Benachteiligung" durch das Verkehrsministerium protestieren. Sie führen an, dass ihnen die Erlangung einer Lizenz nach wie vor sehr erschwert wird und dass sie weitaus höhere Gebühren bezahlen müssen als die übrigen öffentlichen Beförderungsmittel; für einen Autobus müssen jährlich nur 700 IL Ge*bühren entrichtet werden,* für ein Taxi jedoch jährlich 1.200 IL. Die Taxichauffeure fordern volle rechtliche Gleichstellung mit allen übrigen Verkehrsmitteln.

Das Verkehrsministerium hatte die Klagen der Taxichauffeure bereits vor Ausbruch des Streiks als völlig unberechtigt bezeichnet. Schon vor mehr als einem Monat waren diesen eine Reihe entgegenkommender Regelungen vorgeschlagen worden, in denen deutlich genug zum Ausdruck kommt, dass diesem Gewerbszweig von seiten des Ministeriums keine geringere Wertschätzung zugebilligt wird als allen öffentlichen Beförderungsmitteln.

Tel Aviver „Continental"-Hotel kann im Maerz eroeffnet werden

Unter dem Namen „Continental" wird zu Beginn des Monats März kommenden Jahres das erste Hotel der „Ramada"-Kette in Israel eröffnet werden können. Es befindet sich in der Hajarkon-Strasse (Ecke Gordon-Strasse) in Tel Aviv.

Das „Continental"-Hotel ist ein 20stöckiger Bau mit 350 luxuriös eingerichteten Zimmern, die mit Bad, Fernsehapparat und privater Kühlbar ausgestattet und voll klimatisiert sind. In den Konferenzräumen können Tagungen abgehalten werden, an denen bis zu 500 Personen teil*nehmen.*

Die Oren-Kommission hatte trotz des Baustopps die Weiterführung der Bauarbeiten bewilligt, weil sich diese bereits in fortgeschrittenem Stadium befanden.

Direktor des Hotels wird N... bert Spichtinger sein, der ... Oesterreich kommt.

„Ramada"-Hotels stehen ... besonders hohem Niveau, ä... lich jenem der „Hilton"- ... „Sheraton"-Gruppe, gewäh... jedoch abgestuftere Preise. B... te gibt es „Ramada"-Hotels ... der ganzen Welt, in den ... und in Mexiko, in Deutschl... und Belgien und auch im ... nen Osten und Neuseel... Das Tel Aviver Hotel wird ... den grösseren dieser Gr... gehören.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

	22.9.1974	23.9.[1974]
OBLIGATIONEN		
6% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	258	
6% Israel Electr. „B" $ linked	142	
6% Industrial Devel. Bank Serie 8 $ linked	248	
5% Dead Sea Works bearer $ linked	140	
8½% Zim $ linked	132,6	
Milve Klita 1961 Index126,3	281,5	
Milve Klita 1962 Index 132,6	270	
Milve Klita 1964 Index 138,5	368	
Milve Klita 1965 Index 110,1	327,5	
Milve Klita 1966 Index 118,6	267	
Milve Klita 1967 Index 118,9	256	
AKTIEN-MARKT		
Osar Hitjaschwut ord. shares reg.	187	
I.D.B. Bankholding Ord. sh	176	
Bank Leumi „A" ord. stock	212,5	
General Mortg. Bank ord. shares bearer	229,8	
Isr. Dev & Mortg. Bank „B" ord sh	234	
Hassneh Insurance ord shares	158	
Housing Mortg. Bank „B" ord sh	224	
Delek ord shares reg	120	
Pal. Cold. Stor & Suppl IL 10	139	
Africa Pal Investments ord sh reg IL 10 b	297	
Israel Land Development ord. sh reg IL 10	120	
Solel Boneh Build Works 10% bearer	119	
Mehadrin	159	
Anglo Israel Investment	172,5	
Neot Aviv	77	
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	76,5	
Ata „C" ord reg. shares	96	
Dubek	410	
Phoenicia 8% ord. pref part bearer	71,5	
Amerikan Israel Papper Mills	220	
Assis	188	
Elcar Investment bearer	70,5	
Ellern Investment Ltd bearer	125	
Paz Investments	79	
Wolfson Clore Mayer Corp reg. IL 10	76	
Discount Bank Inv bearer	142,5	
Bank Leumi Investment ord shares	158	
Export Bank Investment	56	
Clal Industries	147	
Naphta Ltd ord. shares	85	
Lappidot ord.shares reg.	170	
I.L.D.C. 10% conv deb	72	
Ata 10% conv deb.	70	
D-Mark per $	—	2.6590
Swiss Fr. per $	—	2.9915
D-Mark	—	
Natad (unter Banken)	4,55	

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex rights — K = Nur Käufer
* = ex coup div. — V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds:	unverändert
Index Bonds:	fester
Aktien:	schwächer

aus dem Lande

STUDENT VERHAFTET

Ein 33jähriger Student, der in einem europäischen Land wohnt und dort studiert, jedoch auch einen israelischen Pass besitzt, wurde in Haifa verhaftet, als er das Land auf dem Seewege verlassen wollte. Ihm wird vorgehalten, dass er mehrmals *arabische Staaten besucht hatte;* dies streitet er nicht ab, führt jedoch an, dass er auf diese Weise seine Kenntnisse erweitern wollte.

BEDUINE SCHOSS MIT USI

In Beer Schewa wurde ein *Beduine aus dem Negew festgenommen,* der sich vor einigen Tagen eine automatische Waffe angeeignet hatte, um damit einen Hund zu erschiessen.

UNTER MORDVERDACHT VERHAFTET

Unter dem Verdacht eines ver*suchten Mordes mit einer Waffe* wurde ein Einwohner von Beer Schewa, Josef Waknin mit Namen, verhaftet und dem Amtsrichter vorgeführt, der gegen diesen einen Haftbefehl für die Dauer von zehn Tagen erliess.

Mehr Gleichstellung für Privatkindergärten

Die privaten Kindergärtnerinnen in *Israel* nehmen nunmehr an den Fortbildungskursen des Erziehungsministeriums teil. Dies teilte **Erziehungsminister Aharon Jadlin** bei einem Treffen mit dem Verbandsvorstand der Privatkindergärten mit.

Der Minister betonte bei dieser Gelegenheit, dass die privaten Kindergärtnerinnen der Oeffentlichkeit grosse Dienste leisten, weil sie Kinder fast aller Altersstufen aufnehmen und so den öffentlichen Kindergärten mehr *Möglichkeiten* für die Betreuung von pflegebedürftigen Kindern geben. Viele dieser privaten Kindergärtnerinnen verfügen über eine reiche Berufserfahrung und völlig einwandfrei eingerichtete Kindergärten, fügte er hinzu.

Ausser der Teilnahme an den Fortbildungskursen sollen den Privatkindergärten noch weitere Förderungsmassnahmen zukommen. Der Erziehungsminister kündigte eine Erhebung an, bei der festgestellt werden soll, welche Kindergärten einen *weiteren Ausbau verdienen. In* erster Linie soll dieses Programm den Privatkindergärten für die Drei- bis Vierjährigen zugute kommen.

MILDE STRAFEN FUER VERBOTENES BADEN

Der Amtsrichter Ben-Horin von Haifa sah sich nicht in der Lage, gegen Dutzende von Personen, die des Badens am ge*sperrten* Strand von Cäsarea angeschuldigt waren, zu verhandeln. Viele der Angeschuldigten waren überhaupt nicht eindeutig identifiziert, während andere erklärten, sie konnten nicht wissen, dass dort, wohin sogar ein Autobus aus Or Akiba verkehrt, das Baden verboten sei. Nur in einem Falle verhängte der Richter eine Geldstrafe in Höhe von 20 IL.

DISZIPLINARAUSSCHUSS FUER PROF. HOCHMANN

Gesundheitsminister Viktor Schemtov hat einen besonderen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit den Anschuldigungen gegen den Direktor der Onkologischen Abteilung des „Hadassa"-Krankenhauses in Jerusalem, Prof. Abraham Hoch*mann, beschäftigen soll.*

Es wurde ausdrücklich festgelegt, dass disziplinarische Massnahmen gegen Prof. Hochmann erst getroffen werden sollen, nachdem sich dieser selbst vor der Kommission geäussert und damit eine objektive Beurteilung ermöglicht hat.

Dennoch scheint inzwischen schon festzustehen, dass der Untersuchungsausschuss die Behandlung von Privatpatienten durch Krankenhausärzte zu überhöhten Honoraren nicht gutheissen wird.

NEUE WEGE DER ERZIEHUNG

Gegen eine „Erziehung nach Werten" sprach sich der **Schriftsteller S. Jishar** bei einem Seminarvortrag im Rahmen der Ben Gurion-Universität von Beer Schewa aus. Er begründete seinen Standpunkt *mit* dem Hinweis, dass niemand die Werte, die für ihn gelten, einem anderen aufzwingen und sich so einen „Rohstoff" bilden könne. *Es müssten neue Erziehungsmethoden* gefunden werden, die einem Schüler gleich einem Soldaten in einer bedrängten Stellung die freie Wahl eines Wechsels seiner Ansichten erlauben können, fügte er hinzu.

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 224 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52